DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 118 , Samstag, 14. Januar 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 118. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

»WOLLT IHR DAS?



Foto: Creative Commons CC0.

Es ist auch für die Verdummungsmedien wie Bild, Taz und Tagesschau kaum noch zu verschweigen: Die Injektionskampagne ist eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.

Die Spritzen führen nachweislich zu schwersten Schädigungen, Unfruchtbarkeit und teils direkt zum Tod. Nun soll in Deutschland eine 85-jährige Überlebende der Judenvernichtung zwangsinjiziert werden. Totaler Widerstand formiert sich mit Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex.

Stuttgart am vergangenen Mittwoch: »Morgen wird sie abgeholt«, titelte das Online-Magazin Report24.news. »Deutsches Gericht verurteilt Holocaust-Überlebende (85) zu Zwangsimpfung.« Und tatsächlich: Die Staatsanwaltschaft will die jüdisch-ukrainische Pianistin und Komponistin Inna Zhvanetskaya abholen, in die geschlossene Psychiatrie zwangseinweisen lassen und in ihr neben Psychopharmaka auch die vermeintliche »Impfung« zwangsinjizieren lassen.

BRD-SPRITZENREGIME GREIFT JÜDIN AN

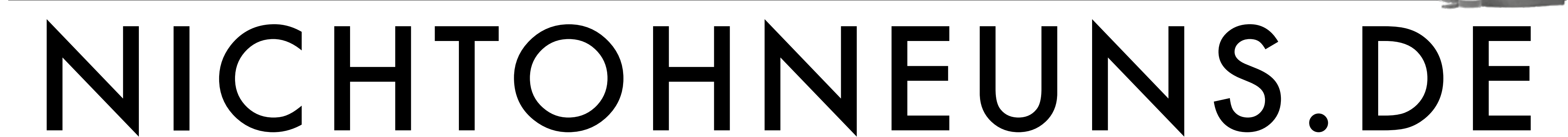
Die in Fachkreisen weltbekannte klassische Musikerin wurde 1937 in Winnyzja in der heutigen Ukraine geboren. 1992 wurde sie für ihr berufliches Lebenswerk im englischen Cambridge ausgezeichnet. Nun wird Inna Zhvanetskaya in Deutschland vom BRD-Corona-Regime angegriffen und bedroht. Bis zu ihrem achten Lebensjahr hatte sie bereits befürchten müssen, abgeholt, versklavt oder ermordet zu werden. Nach dem Willen eines Staatsanwaltes und auf richterlichen Beschluss der gleichgeschalteten BRD-Justiz hin soll sie mit Gewalt zu einem Arzt gebracht werden, der sie zweimal »gegen Covid-19 impfen« soll. Danach solle man sie in eine geschlossene psychiatrische Anstalt verbringen, so die Juristen. »Ohne Menschen, die ihre Muttersprache, Russisch, sprechen. Ohne ihre Musik«, so die Reporter. Denn die Komponistin ist weder schwer psychisch krank, noch will sie die Horror-Injektion. Soll sie verrückt gemacht und in den Selbstmord getrieben werden?

➜ Der Bericht Seite 4
➜ Zum Spritzengenozid Seite 3
➜ Zur Komponistin Seite 15

DER DEMOKRAT

Bürgerrechtler Michael Ballweg wird am 29. Juni 2022 abgeholt und seither widerrechtlich in Stammheim festgehalten. Der Grund: Er ist Demokrat im Widerstand gegen den Corona-Lügenterror.

Die Demokratiebewegung wächst, Seite 6



Wir

INHALT #DW118

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 118. Ausgabe ab Samstag, 14. Januar 2023. | Redaktionsschluss war am 12. Januar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT**: QNTODEB2XXX.



Wer sind sie?

Der Preis der Republik geht an das Unsichtbare Komitee (Anonym).
LAUDATIO von Anselm Lenz

Voilà, da sind sie wieder! Das völlige Versagen der organisierten »Linken« unter der Corona-Lüge, dem Spritzengenozid und der Nato-Kriegstreiberei ist beendet. Die Anarchisten von der französischen Autorengruppe Unsichtbares Komitee haben ein unausweichliches Machtwort gesprochen: »Wir sind jetzt Verschwörungstheoretiker, wie alle vernünftigen Leute!«

Seit über 15 Jahren gilt das »unsichtbare« Autorenkomitee als wichtigste Stimme kritischer »Linker« neben Giorgio Agamben und, bis vor Kurzem, dem Philosophen Slavoj Žižek. Mit »Das Konspirationistische Manifest« räumen die französischen Autorinnen und Autoren unter bestochenen Gewerkschaftsfunktionären und dreckigen Politfunktionären auf – und lehren »Linken« wieder das, was ihnen zuvor systematisch abgewöhnt worden war: Den aufrechten Gang.

Trotz des Verbergens ihrer Identitäten wurde »Anonym« oder »Unsichtbares Komitee« ab dem Jahr 2005 zur Stimme eines intellektuellen sozialen Anarchismus, der nicht Chaos und blinde Gewalt bedeutet, sondern in erster Linie Herrschaftskritik und Herrschaftsbekämpfung im Sinne der Unterdrückten und Belogenen. Das Komitee nahm mit »Der kommende Aufstand« ab dem Jahr 2005 einen außer Rand und Band geratenen neoliberalen Herrschafts- und Kriegsapparat aufs Korn und prophezeite die Gelbwestenbewegung in Frankreich, die über die Entwicklungsschritte von »Nuit Debout« und »Occupy« auch eintrat. Mit dem Werk »Das Konspirationistische Manifest« kann die organisierte »Linke« auch in Deutschland als völlig entblößt gelten. »Der Kaiser ist nackt«, oder anders: Die »Corona« ist als Genozid- und Unterdrückungsprogramm entlarvt, das mit allen Mitteln bekämpft werden muss. Eine der Lehren aus dem Manifest: »Links« ist nicht mehr »links«, sondern nur noch ein entwertetes Instrument der Herrschaftspropaganda. Es gibt nur noch uns, das Volk, und einen einzigen feindlichen Herrschaftsapparat, der uns schamlos belügt, abspritzt und in den Weltkrieg treibt. Masken ab! Wir müssen uns breit verschwören.

Doch warum wird »Anonym« mit dem derzeit angesehensten deutschen Öffentlichkeitspreis ausgezeichnet? Zum einen, weil die schonungslose Aufarbeitung des Corona-Regimes »von links« in der Tat eine Leistung für sich darstellt. Zum anderen, weil das Komitee wie keine andere Autorengruppe für die Möglichkeit einer echten Verständigung aus Frankreich nach Deutschland und umgekehrt steht. Das ist im Sinne der Demokratiebewegung und einer wahrhaftigen Republik: Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DAS UNSICHTBARE KOMITEE (ANONYM). DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht.

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Die haben sich delegitimiert!

EINWURF *von Werner Köhne*

So liest es sich, wenn das Bundesamt für Verfassungsschutz (Inlandsgeheimdienst, BfV) Kritiker neuerdings als »Delegitimierer des Staates« bezeichnet und zum Abschuss frei gibt: »Die Akteure dieses Phänomenbereichs zielen darauf ab, wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen.«

Ins Fadenkreuz gerückt werden damit vor allem die vermeintlichen Impfverweigerer und Corona-Maßnahmenkritiker, die zuvor schon moralisch abgeurteilt worden waren. Nun, eine Zahnraddrehung im coronierten Irrsinn weiter gedacht, wird das alles rechtlich festgeklopft.

Ich will diese Festlegung in ihren sprachlichen Absonderlichkeiten (etwa der Ausdruck »Akteure dieses Phänomenbereichs«) hier für sich selbst sprechen lassen, stattdessen auf den Philosophen Habermas verweisen, der sich stets um eine Neufassung demokratischer Legitimität bemühte, noch weit vor der Frage nach der besonderen Legitimität eines Staates: »Demokratische Legitimität kann nicht nur durch Deliberation (Beratung) und Öffentlichkeit allein hergestellt werden, sondern erfordert die Kombination vernünftiger Kommunikation mit der Teilnahme aller potentiell Betroffenen am Entscheidungsprozess.«

Das ist Habermas-Sprech. Stellt man beide Deklamationen gegeneinander, so fällt auf: Während das BfV das Verfassungsrecht zur Ausschaltung missliebiger Kritiker nutzt, legt Habermas im Stile eines Oberseminarleiters die Standards für demokratische Legitimität fest. Dabei will er alle Faktoren einer gelingenden Demokratie einbeziehen, gerät dabei aber in eine Abstraktion, die langfristig in unserer Erregungskultur Frust erzeugt und schließlich bei Zuhörern genau das Gegenteil bewirkt. Die nämlich sehen sich nicht nach einer »idealen Sprachsituation«, sondern brauchen Feinde, die das BfV ihnen kostenfrei liefert. Es wäre interessant, den Denker aus Gummersbach zum Tatbestand der Delegitimierung des Staates Stellung nehmen zu lassen.

Als kleine Anregung sei diese historisch erprobte Definition angefügt: »Die Legitimität einer Herrschaftsordnung bemißt sich am Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen.«

Ehemaliger US-Beamter:

Covid-»Impfstoff« ist absichtlicher Versuch weltweiten Völkermords

Von Paul Craig Roberts



Trauerzug für die Injektionstoten mit Särgen, Namen der Getöteten und den Logos der Pharmakonzerne in Genf. Foto: Beat Löwensberg

Noch nie gab es nach einer Impfung so viele Todesfälle wie heute. Noch nie zuvor sind Kinder, junge Erwachsene, Sportler im besten Alter, Entertainer nach einer Impfung aus unbekannter Ursache gestorben.

Natürlich ist die Ursache bekannt. Die führenden Ärzte und medizinischen Wissenschaftler unserer Zeit – mit Ausnahme von Bürokraten der Gesundheitsbehörden wie Fauci (Anthony Fauci, das US-Gegenstück zum deutschen Christian Drosten), die als Marketingagenten für Big Pharma und korrupte, politisierte staatliche Ärztekammern und Krankenversicherungsmodelle (HMOs) dienen – haben erklärt, warum und wie die m RNA-»Impfstoffe«, die keine Impfstoffe sind, töten, das Immunsystem zerstören und Gesundheitsschäden verursachen.

Unbekannt ist, warum manche Menschen sofort nach der Verabreichung der tödlichen Substanz sterben, andere erst einen Monat später, und wieder andere bleiben bis jetzt am Leben. Einige Forscher vermuten, dass der Inhalt der »Impfstoffe« je nach Charge unterschiedlich war, und andere glauben, dass einige der Impfungen Placebos waren, um ein unverletztes Kader zu erzeugen, das die Sicherheit der Impfungen anpreisen sollte.

LEID UND TOD DER »GEIMPFTEN«

Professor Michel Chossudovsky hat eine Reihe von Videos, die das weitverbreitete Leiden und den Tod der Geimpften dokumentieren. Es sind nicht die Ungeimpften, die auf »mysteriöse Weise« überall auf der Welt tot umfallen. Es sind die Geimpften. Doch die Vertuschung geht weiter. Die westlichen Medien – eine Ansammlung von Huren – sind am Werk, um sich selbst sowie Fauci, Biden, Bill Gates, Big Pharma, die FDA, NIH, CDC und die völlig korrupte und unverantwortliche Ärzteschaft zu decken. Big Pharma und die FDA drängen weiterhin darauf, Babys mit dem tödlichen Impfstoff zu impfen, und es gibt immer noch Eltern, die so dumm und gewissenlos sind, dass sie sich am Mord an ihren eigenen Kindern beteiligen.

Da die Menschen auf der ganzen Welt so dumm sind und so blindlings der Autorität vertrauen, können wir verstehen, warum der satanische Bill Gates und der satanische Klaus Schwab zuversichtlich sind, dass sie die Weltbevölkerung erfolgreich reduzieren und ihren Great Reset (deutsch etwa: großes Zurückdrehen) durchführen können.

Was meine ich, wenn ich sage, dass Gates und Schwab satanisch sind? Stellen Sie sich das einmal so vor. Gelegentlich sagt jemand in einer Diskussion, dass Menschen so furchtbar sein können, dass man verstehen kann, warum manche einen Völkermord an ihnen begehen wollen. Ich frage sie, ob sie bereit wären, den Völkermordknopf zu drücken, und sie sagen »nein«. Sie verstehen, dass sie kein Recht haben, den Tod von Menschen zu verursachen, um ihre Meinung, ihr Klima oder ihre ideologische Agenda durchzusetzen.

MASSENMORD FÜRS »KLIMA«

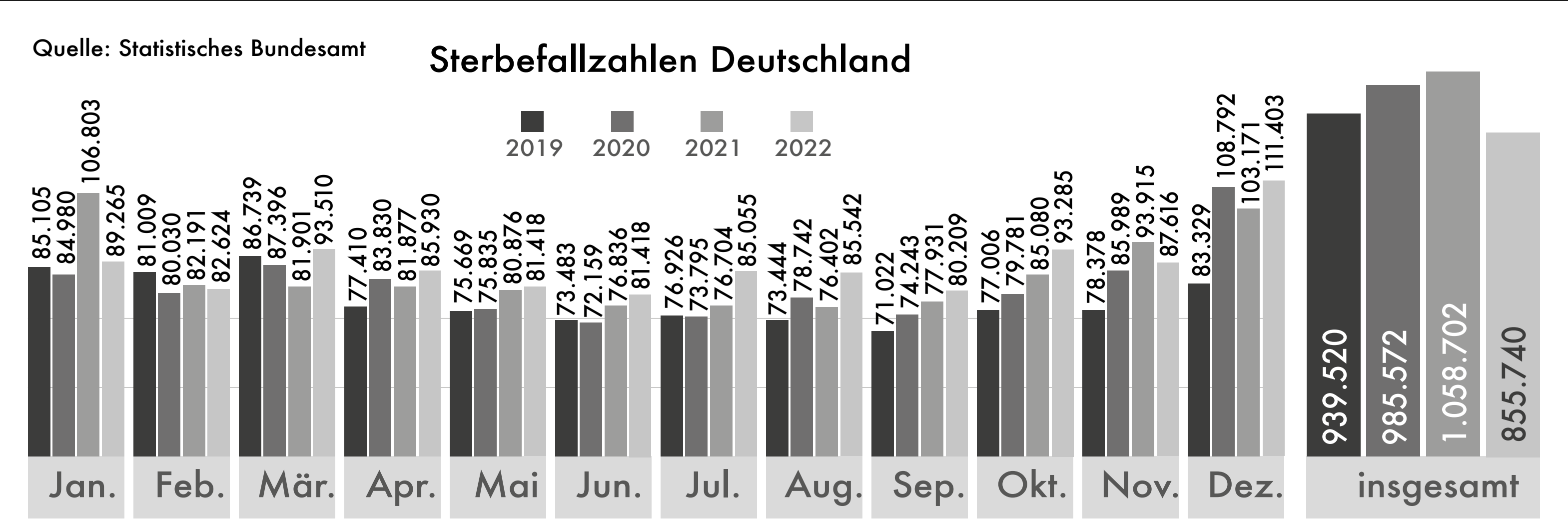
Der Unterschied zwischen ihnen und Bill Gates und Klaus Schwab ist, dass Gates und Schwab bereit sind, den Völkermordknopf zu drücken. Das Erschreckende daran ist, dass diese Bereitschaft einen hohen moralischen Stellenwert erlangt hat. Die Ausrottung von Menschen ist zum Mittel geworden, um den Planeten zu retten. Die Verursacher dieses Massenmords sind sich sicher, dass ihr Verbrechen zu groß ist, um als solches erkannt zu werden. Naive Bevölkerungen wollen einfach nicht glauben, dass »ihre« Regierungen ihnen so etwas antun würden. Niemand möchte zugeben, dass er seine eigenen Familienangehörigen und seine eigenen Kinder hingerichtet hat, weil er blindlings den »Behörden« vertraut hat, die ihren Völkermordplan im Voraus angekündigt hatten.

In den Vereinigten Staaten hat nur ein winziger Prozentsatz der Bevölkerung überhaupt eine Ahnung davon, was geschieht. Die Zeit und Energie der Bevölkerung wird damit verbraucht, über die Runden zu kommen und sich selbst zu erhalten. Sie fallen auf ein durchsichtiges Verbrechen nach dem anderen herein. Was auch immer die Regierung verkündet, sie akzeptieren es – die Ermordung von Präsident John Kennedy, die Ermordung von Senator Robert Kennedy, den Golf von Tonkin, 9/11, Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen, die Covid-Pandemie, den »sicheren und wirksamen« Covid-Impfstoff. Sie lernen es nie.

Jetzt stehen sie vor einem Völkermord und haben es immer noch nicht gelernt. Die Täter des Völkermordes haben immer noch die Kontrolle. Wenn es kein Völkermord ist, dann sagen Sie mir, was es ist, wenn angesehene medizinische Wissenschaftler sich im Voraus für den mRNA-»Impfstoff« erwärmen und zensiert und bestraft werden, wenn der Erfinder des PCR-»Covid-Tests« erklärt, dass der Test das Vorhandensein des Virus nicht anzeigt und ignoriert wird! Wenn die Beweise für die schädlichen Auswirkungen des »Impfstoffs« von Pfizer und der FDA geheim gehalten werden. Wenn Ärzte daran gehindert werden, Covid mit den bekannten Heilmitteln Ivermectin und HCQ zu behandeln. Wenn Apotheken sich weigern, die Rezepte von Ärzten für die Heilmittel auszufüllen. Wenn illegale und verfassungswidrige Mandate verwendet werden, um Bürger unter Androhung des Verlusts ihres Arbeitsplatzes zu zwingen, sich impfen zu lassen. Wenn der massive Anstieg der überzähligen Todesfälle unter den Geimpften von offizieller Seite nicht beachtet wird. Wenn die Medien eine irreführende Kampagne von Lügen und Propaganda führen!

Die Amerikaner – ja die ganze Welt – sind mit einem ungeheuerlichen kriminellen Unternehmen konfrontiert. Haben sie die Kraft und die Intelligenz, es zu erkennen? Werden sie etwas dagegen unternehmen? (Deutsch von Uncutnews.ch, leicht bearbeitet von DW.)


Paul Craig Roberts war hoher US-Regierungsbeamter für Finanzen und Verteidigung.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

FÄSER WILL ALLE WAFFEN FÜR SICH

Berlin/DW. Innenministerin Nancy Fäser legte in dieser Woche ihren Gesetzentwurf zur Entwaffnung der Bevölkerung vor.

Dieser sieht laut Medienberichten vor, dass sogenannte halbautomatische Waffen für Privatpersonen gänzlich verboten werden, für Schreckschusspistolen und Armbrüste soll von nun an ein Waffenschein notwendig sein, außerdem sollen alle Waffenbesitzer ein psychologisches Gutachten vorgelegen müssen. (hes)



Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand entstand aus dem ersten Flugblatt der ersten Demonstrationen weltweit gegen den Corona-Putschversuch – und ist heute eine professionelle Wochenzeitung, teils weltführend bei der Aufklärung auch zu vielen weiteren Themen. Redaktion und Verlag bitten um Ihre Unterstützung, siehe demokratischerwiderstand.de



Die jüdisch-ukrainische Komponistin zum Jahreswechsel in ihrer Stuttgarter Wohnung. Foto: privat

Angriff auf die letzte Würde

Die jüdische Komponistin Inna Zhvanetskaya wird von deutschen Amtsträgern verfolgt. Sie soll psychiatriert und zwangsgespritzt werden. Nun ist die 85-Jährige auf der Flucht.

Sie soll »in die geschlossene Abteilung eines psychiatrischen Krankenhauses beziehungsweise einer geschlossenen Abteilung einer Pflegeeinrichtung« gebracht werden. So heißt es in einem Gerichtsbeschluss des Amtsgerichtes Stuttgart-Cannstatt, das unter anderem auf Betreiben eines Gutachters namens Oliver Weimer zustande gekommen ist.

> Die Einwilligung der Betreuerin in folgende ärztliche Zwangsmaßnahme
>
> - Impfung gegen Covid19 (Corona) durch zwei Impfungen zur Grundimmunisierung jeweils nach internistischer Prüfung der Impffähigkeit
>
> wird bis längstens **16.01.2023** genehmigt.
>
> Die genannte Maßnahme ist unter der Verantwortung eines Arztes durchzuführen und zu doku-

Ausschnitt aus dem Schreiben der BRD-Justiz, das DW in Kopie vorliegt.

Begründet wird das mit »Demenz«, wobei die 85-jährige Komponistin Inna Zhvanetskaya auch heute noch hervorragend Klavier spielen und sich auf Deutsch und Russisch sinnvoll ausdrücken kann, wie Videoaufnahmen von ihr beweisen. Zudem sei sie adipös, also krankhaft fettleibig. Doch die Musikerin ist nicht krank, hat ihr Leben im Griff und will nicht abgeholt werden. Der Angriff auf Inna Zhvanetskaya hat andere Gründe. Das Regime dreht weiter durch. Die ausführende Richterin vom Amtsgericht Stuttgart-Cannstatt soll Dr. Luitpold heißen, der Beschluss bereits am 6. Dezember zustande gekommen sein.

Der Hintergrund: Die jüdische Komponistin hatte bereits im Jahr 2015 bei einem Kongress zum Thema der Zwangsmedikation referiert und diese abgelehnt. Unter dem Putschregime der »Corona« sollen nach dem Willen des Computer-Oligarchen Bill Gates und vieler weiterer »7 Milliarden Menschen« abgespritzt werden, wie dieser bereits in einem 10-minütigen Monolog im April 2020 in der Hauptnachrichtensendung Tagesschau verkündete. Wie wir heute wissen, um unter der Marke eines »Great Reset« (großes Zurückstellen) den größten industriell organisierten Völkermord der Geschichte in Gang zu bringen. Die Welt soll nach dem Willen der Reichsten geformt, vermeintlich überflüssige Menschenleben aussortiert werden.

Und so beinhaltet der Verfolgungsbeschluss gegen Inna Zhvanetskaya auch, wörtlich aus dem Beschluss: »Die Impfung gegen Covid19 (Corona) durch zwei Impfungen zur Grundimmunisierung.« Dies solle demnach bis 16. Januar 2023 geschehen. Dass es bei den Covid-Injektionen nie um »Gesundheitsschutz« und echte »Solidarität« ging, ist heute längst verfügbares Wissen. Auch Propagandamedien kommen wegen der rasant wachsenden Zahl der Impfgeschädigten und Injektionstoten nicht mehr an der Thematisierung vorbei.

Der Rechtsanwalt Holger Fischer verteidigt die Pianistin, die sich gegen die Injektion wehrt und nun zwangspsychiatriert werden soll. Er sagt: »Bei mir fing das Jahr 2023 mit einem Hilferuf aus Baden-Württemberg an.« Er hilft Zhvanetskaya dabei, sich gegen die wahnhaften Zwangsmaßnahmen des Regimes zu wehren. Doch sie hat neben der juristischen Betreuung noch weitere Helfer. Der Widerstand lässt niemanden zurück und die Demokratiebewegung ist in Deutschland stark!

Als bekannt wurde, dass sie am 11. Januar 2023 von einem Staatsanwalt und einem Polizeitrupp um 7 Uhr morgens aus ihrer Wohnung abgeholt werden sollte, hatte sich Zhvanetskaya bereits auf die Flucht begeben. Laut Berichten waren zwei Polizeifahrzeuge, ein Krankentransporter und ein Handwerkerfahrzeug einer Schlosserei vorgefahren. Die deutsche Staatsanwaltschaft hatte die jüdische Künstlerin aus ihrer Wohnung in Stuttgart abholen wollen. Doch da war Inna Zhvanetskaya schon nicht mehr zu Hause. Zu Redaktionsschluss befand sich die Komponistin nach Informationen der DW-Redaktion auf der Flucht, aber in Sicherheit. Unbekannt war noch, welche weiteren Schritte das Mörderregime und die darin verwickelten kriminellen Amtsräger gegen die Jüdin einleiten. Entsprechende Anfragen bei Gericht und Staatsanwaltschaft laufen. Eine Kommentatorin schrieb am Donnerstag in einer Twitter-Kommentarfunktion: »Ein Angriff auf die allerletzte Würde!« Das Vorgehen nicht nur gegen die jüdische Komponistin sei »zutiefst verwerflich«, es werde mit ihrem Leben gespielt: »Wollt Ihr das? Der Genozid geht weiter…« (Siehe auch Seite 15; bnd/ale)

MELDUNG

GRÜNE KOHLE

Lützerath/DW. Die Polizei räumte vergangene Woche das besetzte Dorf Lützerath in Nordrhein-Westfalen. Der Ort war entvölkert worden, damit der Konzern RWE die darunter liegende Kohle fördern kann. Rund 1.000 Aktivisten hatten den Ort besetzt, um gegen die Entvolkung und den Kohleabbau zu protestieren.

Bei der Räumung setzten die Polizeibeamten Gewalt ein, Protestierende warfen Brandsätze. Der Bündnisgrüne Wirtschaftsminister Robert Habeck verdammte die Aktivisten und stellte sich hinter Polizei und Konzern. (hes)

MEHR TERROR GEGEN BEAMTE

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Nancy Faeser hat Angst. Vor den Bürgern sowieso; viel mehr aber vor den eigenen Beamten. Und das mit Recht. Seit Wochen laufen immer mehr von ihnen über.

Immer mehr Staatsdiener unterstützen den Widerstand: Beamte der Verwaltung, der Polizei und des Militärs. Immer mehr unterstützen die Demokratiebewegung durch Mitarbeit und mit Informationen. Viel wichtiger aber: Immer mehr verrichten auf ihren Posten nur noch äußerlich »Dienst nach Vorschrift« und motivieren ihre Kollegen, sich dem Widerstand anzuschließen. Auf diese Menschen konzentriert sich inzwischen der Terror der Innenministerin.

Ihnen gilt Faesers Vorhaben der »Beweislastumkehr«. Der bloße Vorwurf von angeblichem Extremismus soll künftig genügen, einen Beamten zu entlassen. Was sie unter »verfassungsfeindlichen Extremismus« verstehen, haben die Funktionäre Faesers vielfach erklärt. Extremist sei jeder, der »bei den Protesten im Zuge der Corona- wie auch der Energiekrise (…) die die staatliche Legitimation an sich infrage (stellt), (auch) ohne in das klassische Muster des Extremismus zu passen«. Die Wirkung dieser Drohung kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Die Innenministerin droht ihren Beamten mit sofortiger Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, wenn das Regime »Illoyalität« auch nur behauptet. Dies stellt einen Kulturbruch in Deutschland dar und ist ein Beweis für die wachsende Angst der Verfassungsfeinde vor dem Machtverlust.

RISS ZWISCHEN REGIME UND SEINEN SACHWALTERN

Beim Staatstheaterstück des »Reuß-Putsches« blamierte sich der Apparat durch seine allzu plumpe Inszenierung. Entsprechend allein stand Nancy Faeser anschließend mit ihrem Ruf nach weiteren Überwachungsmaßnahmen – auch gegen die eigenen Mitarbeiter. Bei der Verhaftung des BND-Agenten Carsten L. als Kriegsverräter vor kurzem wurde die Mitarbeit der Staatsmedien schon unauffälliger organisiert. Wir dürfen sicher sein: Weitere Schmierstücke werden folgen, denn die Angst der Tyrannen vor den eigenen Palastwachen steigt. Wie groß der neue Riss zwischen dem Regime und seinen Sachwaltern bereits ist, bewies vergangenen Samstag Faesers Erfüllungsgehilfe Christian Pegel. Der SPD-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern kündigte an, er werde Beamte künftig bereits dann kündigen, wenn diese »staatsfeindliche Aussagen anderer in Messenger-Diensten unwidersprochen stehen (…) lassen«. Pegel lässt keinen Zweifel daran, dass er aktiv nach solch scheinbaren »Staatsfeinden« im Inneren suchen lassen werde, denn »nach der Razzia gegen das Reichsbürger-Netzwerk« stelle sich seiner Meinung nach »erneut die Frage, wie viele Staatsfeinde im Staatsdienst arbeiten.« Die Faeser'sche Hexenjagd auf breiter Front beginnt also in der Provinz.

FAESER BRICHT SICH SELBST DAS RÜCKGRAT

Diese Hexenjagd wird vor allem dienstältere Beamte treffen. Sie sind es, die sich in immer größeren Zahlen abwenden und Faeser damit um die Macht bringen. Es sind solche aus dem gehobenen Dienst, dem Rückgrat des Staatsapparates. Anders als die oberste Laufbahngruppe (höherer Dienst), sind diese Angehörigen nicht vorrangig mit dem Ränkespiel von Partei- und Behördenpolitik befasst. Vielmehr stemmen sie die eigentliche Herrschaftsarbeit. Sie entscheiden in den Finanzämtern über unsere Steuererklärungen und ermitteln als Kriminalpolizisten gegen Verdächtige. Gegen ihre Entscheidungen mag dem Bürger der Widerspruch offenstehen oder der Gang vor ein Gericht; aber eben nur nachträglich. Es bleibt das Handeln des gehobenen Dienstes, das im Alltag Fakten schafft und das Gewaltmonopol des Staates durchsetzt. Dass Faeser um dessen Bedeutung weiß, ist offenkundig. Immer häufiger inszeniert sie »Frontbesuche« bei Polizei, Feuerwehr und Geheimdiensten. Unter dem Hurra der Regimemedien dankt die Innenministerin dort mit großer Geste vorzugsweise Uniformierten und verspricht ihnen weitere Aufrüstung. Das sind nicht nur Worte: Die Regierungen in Bund und Ländern vergrößern ihre Apparate unaufhörlich. Allein das Kanzleramt schafft sich für 770 Millionen Euro an Steuergeldern hunderte neue Mitarbeiter und Büros, und in den Landeskriminalämtern werden immer neue Kommissarstellen für die politische Verfolgung von Kritikern geschaffen (»polizeilicher Staatsschutz«). Mehr als fünf Millionen Menschen sind inzwischen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Das ist allzeitiger Rekord und zusammen mit der Staatsquote (Verhältnis zwischen dem Geld, das der Staat ausgibt und dem, was seine Bürger erwirtschaften. Indirekter Indikator für den Anteil der »Staatswirtschaft«.) von über 51 Prozent der Beweis dafür, dass wir eine Republik von Absicherungsfanatikern und Staatsgläubigen sind.

WAIDMANNSHEIL!

Nancy Faeser verkennt die Kehrseite dieser Unterwürfigkeit, wenn sie ihren Beamten immer wieder mit Existenzvernichtung droht. Anders als bei Berufspolitikern oder den Karrierebeamten des höheren Dienstes überwiegt bei den Fußsoldaten der Macht selten die Geltungssucht – sondern eben besonders starrer Wunsch nach Versorgungssicherheit. Der Terror Faesers zielt auf eben dieses Bedürfnis. Ein Bedürfnis, dass wesentlicher Grund für die Berufswahl war und für immer mehr der einzig verbliebene Grund, die offenen Verfassungsbrüche der Politiker und eigenen Behördenleiter noch mitzutragen. Darum: Waidmannsheil zur Hexenjagd! Auf der Strecke bleibt am Ende das Regime.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com*.

Zieht Euch warm an!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Das neue Jahr beginnt wie das alte endet: im Wahnsinn. Daher hoffe ich inständig, dass Sie ein paar Tage über den Jahreswechsel in guter Gesellschaft mit medialer Abstinenz verbringen konnten. Wie sonst könnten wir gemeinsam dem Chaos mutig entgegenblicken, das gut geplant auf uns wartet.

Die hausgemachte Energie-Krise der Bundesregierung treibt den Mittelstand weiter in den Ruin. Die Sanktionen der Regierung gegen Russland zerstören die deutsche Wirtschaft, bei immer mehr Betrieben gehen die Lichter aus. Zufall? Wer sich die Zahlen des statistischen Bundesamtes ansieht, wer mit offenen Augen und Ohren durch die Welt geht, der weiß: Uns erwartet ein enormer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Absturz. Die Unternehmen, die mit Ach und Krach die irrsinnigen Corona-Maßnahmen überlebten, knicken jetzt aufgrund der explodierenden Energiepreise ein.

Im Vergleich vom Oktober 2021 bis zum Oktober 2022 wurden laut Statistischem Bundesamt 17,9 Prozent mehr Unternehmensinsolvenzen gemeldet als im Vorjahreszeitraum. Tendenz steigend. Insgesamt beschäftigen 3,5 Millionen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) rund 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Außerdem bilden sie mit mehr als 80 Prozent einen Großteil aller Lehrlinge aus. Was bedeutet eine Pleitewelle dieser Betriebe für unser Land? Richtig, das Ende unseres Wohlstandes. Und das Ende unserer Demokratie. Denn aufgrund von Vielfalt und Wettbewerb müssen wir uns nicht von einigen wenigen Monopolisten gängeln und abhängig machen.

DÜSTERE PROPHEZEIUNGEN AUS DAVOS

Das stört wohl Klaus Schwab, den Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF). Wir erinnern uns. Schließlich sagte er vor nicht allzu langer Zeit in einem Interview: »Die Mittelklasse ist der Träger der Demokratie. Und wenn wir die Mittelklasse aushöhlen, werden wir die sozialen Spannungen noch weiter erhöhen… Die, die das Kapital haben werden profitieren.« Übersetzt: Wir zerstören eure Existenzen und Unabhängigkeiten, damit wir euch gängeln, überwachen und kontrollieren können.

Nachdem die großen Konzerne und einzelne Superreiche sich über Jahrzehnte am Konsum der Massen gnadenlos bereichert haben, rufen eben diese Profiteure über ihren Club WEF nun das Ende der Globalisierung aus. Laut Medienberichten heißt es im hauseigenen WEF-Risikoreport düster: »Die neue ökonomische Ära könnte eine Ära der wachsenden Kluft zwischen reichen und armen Ländern werden und den ersten Rückschritt in der Menschheitsentwicklung seit Jahrzehnten einleiten.«

Und weiter: »Die nächste Dekade wird von ökologischen und sozialen Krisen gekennzeichnet sein.« Sind sie nicht schlau, diese selbsternannten Eliten? Sie wissen immer genau, welche Krisen kommen. Warum denn auch nicht? Schließlich sind sie es ja, die diese selbst erschaffen, um ihre Macht und ihr Kapital weiter auszubauen. Interessant für uns, dass dieses Jahr – neben Cum-Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz, Märchenonkel und Wirtschaftsminister Robert Habeck, nun auch Flitzpiepe Finanzminister Christian Lindner als Teilnehmer von Podiumsdiskussionen vorgesehen ist. Wir beobachten, was da kommende Woche passieren wird. Und während in der Silvesternacht deutschlandweit »gruppendynamische Prozesse« (habe ich in der ARD gelernt) dazu führen, dass überwiegend junge Migranten massive Gewaltausschreitungen begehen, Polizei und Feuerwehr den Rückzug antreten und der Rechtsstaat damit kapituliert, sitzt Michael Ballweg, Gründer der Querdenken-Bewegung, noch immer ohne Verhandlung hinter Gittern. Und Angela Merkel, Ex-Kanzlerin, die uns dieses ganze Schlamassel eingebrockt hat, läuft wohl immer noch frei herum. Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sei gelassen und bitte widerspenstig.



Freiheit auch für Ballweg! Foto: Georgi Belickin

Ungeimpfte wieder gut genug

Mit 31. Dezember 2022 fiel in Deutschland die »einrichtungsbezogene Impfpflicht«, die medizinisches Personal, also auch Pflege- und Rettungsdienste, betraf. Ist jetzt alles wieder vorbei? | Von Sophia-Maria Antonulas

»Ich kenne mehrere Kollegen, die wegen der Corona-Maßnahmen einfach lange im Krankenstand blieben. Die werden jetzt frühzeitig in Rente geschickt. Und das bei dem Personalmangel, der bei der Berliner Feuerweht herrscht«, erzählt Oberbrandmeister Peter Müller (Name von der Redaktion anonymisiert).

Er ist in einem der Brennpunktbezirke der deutschen Hauptstadt im Einsatz, wenn es gilt, Menschen aus dem Feuer zu retten oder sie möglichst schnell ins nächste Krankenhaus zu bringen. (Und auf meine Frage hin bestätigt er, dass dieser Silvester wirklich brutaler war als sonst – aber das soll nicht unser Thema sein.) Als »brutal« und »menschenverachtend« beschreibt er, wie den Patienten im Krankenhaus in der Notaufnahme nach wie vor »die Stäbchen in die Nase gestoßen werden». »Das ist doch alles Quatsch.«

Auch schon vor 2020 herrschte ständige Überbelastung, wegen Unterbesetzung und »weil in Berlin jeder einen Rettungswagen geschickt bekommt«, erzählt Müller. Von der Leitung sei außerdem kommuniziert worden, dass es für diejenigen, die nicht geimpft oder genesen sind, mit der Beförderung schwierig sei. Selbst in der Feuerwehrschule wurde auf die Auszubildenden ein immenser Druck ausgeübt. Unter vier Augen sei den Schülern erklärt worden, dass sie ohne mRNA-Corona-Impfung in diesem Beruf keine Chance hätten.

Das Vorgehen dieser Berliner Behörde hat bei Oberbrandmeister Müller eindeutige Spuren hinterlassen. Doch wie sah sein Arbeitsalltag als Ungeimpfter aus? »Der psychische Druck war immens. Ich hatte ständig im Hinterkopf, ob ich die Wache wechseln muss oder nicht mehr arbeiten darf.« Müller erzählt von den Hänseleien der Kollegen. Er fühlt sich nach außen gedrängt und nicht mehr zugehörig, obwohl er seinen Job gerne mache. Aber er habe das Vertrauen in die Kollegen verloren.

Bei der Berliner Feuerwehr mussten alle Mitarbeiter geimpft sein, auch wenn sie nie mit Patienten in Kontakt kommen, wie zum Beispiel Mechaniker. Interne Emails erinnerten immer wieder an die Dienstanweisung, sich der Spitze zu unterziehen. Und der Impfstatus aller Feuerwehrleute musste an die Führungsstelle gemeldet werden. »Es bleibt die Frage, ob es Absicht war, dass diese Listen mit allen Namen inzwischen weite Kreise gezogen haben, um die Kollegen gegeneinander aufzuhetzen«, wundert sich Müller. »Erst jetzt begreifen einige, dass da etwas schiefgelaufen ist. Es findet ein Umdenken statt, weil viele, die geimpft sind, oft und schwer erkranken.« Heute scheinen Müllers Kollegen neidisch, dass er standhaft geblieben ist und sich nicht gebeugt hat.

ALS UNGEIMPFTER EIN MENSCHENFREUND BLEIBEN

»Mein Chef sieht das genauso wie ich und ist auch ungeimpft«, erzählt Intensivkrankenpfleger Thomas Schulz (Name von der Redaktion anonymisiert). Er ist bei einer Leasingfirma angestellt und arbeitet in der Intensivstation eines Berliner Krankenhauses, eines der wenigen, das sich an seinem Impfstatus nicht stört. »Das System braucht mich. Aber ob ich auch wieder in einer Einrichtung arbeiten will, die mich davor diskriminiert und abgelehnt hat, muss ich mir erst überlegen. Jetzt bin ich denen plötzlich wieder gut genug?!« Davor habe sein Chef Gott und die Welt bewegen müssen, um für seine ungeimpften Angestellten, überhaupt eine Stelle zu finden. »Und jetzt sollen absichtliche Fehlentscheidungen einfach auslaufen?«, wundert sich Schulz.

Bereits seit Anfang 2022 werde der Impfstatus der Patienten nicht mehr in der Krankenakte vermerkt. »Und Patienten bleiben länger auf unserer Intensivstation, um Beatmungsstunden zu sammeln und monetäre Ziele zu erreichen«, erzählt der Intensivpfleger. Die ganzheitliche Betrachtung käme generell zu kurz. Was schon daran zu erkennen sei, dass nur noch gefragt werde, »wann kommt die Galle oder das Knie«, anstatt von Menschen zu sprechen. »Es geht nur darum einzelne Organe zu reparieren.«

Schulz erzählt von einem Gespräch zwischen zwei Ärzten, die sich darüber unterhielten, dass es derzeit mehr Thrombosen im Gehirn gäbe und sie deshalb ihren Freunden und Verwandten von der Impfung abraten wollten. Oder wie sich Kollegen über das tägliche Testen beschweren während sie sich mit dem Stäbchen in der Nase herumbohren. Auch in diesem Krankenhaus mussten vergangenen November und Dezember wegen hohen Krankenständen Betten geschlossen bleiben. »Die Pflegedienstleitung kennt meinen Impfstatus, aber deswegen entstehen mir keine Nachteile«, erzählt Schulz. »Aber ich vermeide Diskussionen – alle Informationen sind doch verfügbar. Ich möchte nicht anfangen, meine Kollegen nicht zu mögen. Ich will nicht zum Menschenhasser werden.«

MELDUNG

EIN PROPAGANDIST NIMMT DEN HUT

Berlin/DW. Der Chef des Robert-Koch-Instituts Lothar Wieler tritt zurück. Dies gab der Tierarzt am Dienstag, dem 11. Januar 2023, Medienvertretern bekannt. Wieler war in den Jahren 2020 bis 2022 wiederholt durch die Verkündung von Falschinformationen und die Aussage »Diese Maßnahmen dürfen niemals hinterfragt werden« aufgefallen. Wieler will sich nach eigenen Angaben nun der »Forschung« widmen. (hes)

ETHIKRAT FORDERT SCHULDENSCHNITT FÜR SICH SELBST

Berlin/DW. Die Vorsitzende des Ethikrate Alena Buyx fürchtet sich vor der juristischen Aufarbeitung des Corona-Unrechts. »Es verfestigt sich gerade ein wenig das Narrativ, dass die ganze Coronapolitik problematisch war«, so Buyx, »das waren teils echte Menschenrechtsverletzungen«. Gegenüber Medienvertretern sagte sie, es müsse jedoch ausreichen, wenn sich die Verantwortlichen für die Verbrechen entschuldigen. Der Ethikrat glänzte in den vergangenen Jahren düster mit Stellungnahmen, welche Regierungsentscheidungen als ethisch unabdingbar galten. (hes)

WER ANDEREN EINE GRUBE GRÄBT …

Washington/DW. Beim US-Präsidenten Joseph Biden wurden in Privaträumen Geheimdokumente gefunden, die dort nicht hätten sein dürfen. Der Fund setzt den Präsidenten unter Druck, da er mit ähnlichen Funden seinen Amtsvorgänger Donald Trump juristisch verfolgen ließ. Bis Redaktionsschluss verweigerte das Weiße Haus Presseanfragen auch des DW zu diesem Vorfall. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AMBERG: Donnerstag ab 17 • Amberger Zeitung • Mühlgasse 2
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FLENSBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Friedrich-Ebert-Str 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Montag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3
FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser Max Platz 3
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund-Ullmann-Platz
KIEL: Mittwoch 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag 15.30 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSBERG: Montag ab 18 • Landsberger Tagblatt • Hauptplatz
LANDSHUT: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Altstadt 75
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAINZ: Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
PRIEN: Montag 18.30 • OVB Chiemgau • Rathausplatz
ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Gethsemanekirche – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – Zeven, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 14.1.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 14.1.2023-2.2.2023 Rund um die Uhr	Berlin, im Domgarten/Museumsinsel/Friedrichsbrücke	Friedenscamp
Sa, 14.1.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 14.1.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 14.1.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 14.1.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 14.1.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 14.1.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 14.1.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 14.1.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 14.1.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 15.1.2023 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Demoaufzug
So, 15.1.2023 14-18 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug
So, 15.1.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 15.1.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 15.1.2023 14-18 Uhr	Stammheim, JVA Stuttgart	FREE BALLWEG DEMO
Mo, 16.1.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 16.1.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 16.1.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 16.1.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 16.1.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 16.1.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 16.1.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 16.1.20232 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 16.1.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 16.1.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 17.1.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 17.1.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 17.1.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 17.1.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 17.1.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 18.1.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 18.1.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 18.1.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 18.1.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 18.1.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 18.1.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 18.1.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 18.1.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 18.1.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 19.1.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 19.1.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 19.1.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 19.1.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 19.1.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 19.1.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 19.1.2023 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 20.1.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 21.1.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 21.1.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 21.1.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 21.1.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 21.1.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 21.1.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 21.1.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 21.1.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Di, 24.1.2023 18-21 Uhr	Berlin, am Rathaus Wandlitz	GEDENKMARSCH
Sa, 28.1.2023 13-18 Uhr	Berlin, Ernst-Thälmann-Denkmal	Demo
Sa, 28.1.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
So, 5.2.2023 14-19 Uhr	Solingen, Graf-Wilhelm-Platz	Demo und Aufzug
Sa, 25. März 2023, 15:30 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	Erste Siegesfeier der Demokratiebewegung (NichtOhneUns.de und viele weitere)

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



BRINGT UNSERE BABYS NICHT UM!

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Uwe G. Kranz

Die »Impfung« von Babys und Kleinkindern nichts anderes als die Auslöschung der kommenden Generationen. Und das vor dem Hintergrund eines signifikanten Geburtenrückgangs – denn in Deutschland kamen von Januar bis Juli 2022 nur noch rund 418.900 Kinder zur Welt, das sind 7,3 Prozent weniger Geburten als im Vergleichszeitraum des Durchschnitts der Jahre 2019 bis 2021. Auch die Zahl der Lebendgeborenen nahm im Vergleichszeitraum deutlich ab.

Kein Wunder also und mehr als angebracht, dass die möglichen Nebenwirkungen solcher mRNA-»Impfungen« mit sehr kritischen Augen beobachtet werden – hoffentlich vor allem von den Eltern. Wenn die zuständigen Behörden und Ämter schon nicht genau »wissen, was schützt« (und was schadet!), dann ist es Pflicht der Eltern, genauestens hinzusehen, um – ohne den Blick auf Karriere oder Kasse, sprich: die Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) – den Schutz ihrer Kinder selbst zu gewährleisten. Vielleicht sollten sie sich an ihre eigenen Kindheitsjahre erinnern, als es noch »pädagogische Leitsätze« und Hygienehypothesen gab wie »Dreck macht Speck« und als eine Impfung noch der Verhinderung von Krankheiten galt, statt der Soll-Erfüllung der Doktrin der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung (BMG), erst mal sieben Milliarden Menschen impfen zu müssen.

BANKROTTERKLÄRUNG DES ÄRZTESTANDES

Vielleicht sollten sie aber auch – höchst aktuell – nach Japan schauen (siehe auch Seite 11 dieser Ausgabe #DW118), wo bei einjährigen Kindern schon kurz nach der »Impfung« Diabetes festgestellt wurde und die Forschung über den deutlichen, covidbasierten Anstieg dieser Krankheit diskutiert, die schon jetzt weltweit 17 Millionen Menschen betrifft? Die Eltern sollten sich zudem fragen, wie viele Impfungen ihrem Kind in seinem kleinen Leben noch zugemutet werden dürfen und sollen – und wo hier das Kindswohl bleibt. Und sie sollten solche Kinderärzte meiden, die öffentlich ankündigten, vom 1. Oktober 2022 an ungeimpfte Kinder ab dem 6. Lebensmonat nicht mehr zu behandeln. Es handelt sich hier um eine schockierende Bankrotterklärung des Ärztestandes, einen frechen Schlag ins Gesicht von Hippokrates.

(Dies ist ein Textauszug aus echte-polizisten.de sowie Ansage.org)



Motto: »Wehret den Anfängen!« Uwe G. Kranz ist Kriminalist, war Präsident des Landeskriminalamtes in Thüringen und Aufbauleiter bei Europol.

SO SEHEN FREIE SACHSEN DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG

Der Gründer der Freien Sachsen über den Aufbau unseres Gemeinwesens von unten. | Von Martin Kohlmann, Chemnitz

Erstmal Chapeau! Also dass wir Sachsen in größeren Zahlen auf die Straße gehen, wenn uns etwas nicht gefällt, das ist ja nicht ganz neu. Aber dass es auch im Westen riesige Demonstrationen geben kann, und dass sogar unser »Wir-sind-überall«-Konzept mit vielen großen und kleinen Spaziergängen an vielen großen und kleinen Orten exportiert werden konnte – das habe ich so nicht erwartet. Ich bin angenehm überrascht. Also jetzt nicht mehr, aber vor rund zweieinhalb Jahren definitiv!

Ein Teil des Erfolgsrezeptes war die größtmögliche Abwesenheit jeglicher Distanzeritis: ob alternativer Gesundheitsfreak, »Reichsbürger«, AfD-Mitglied, evangelikaler Christ, ex-grüner Friedensaktivist – wenn man erst auf das Gemeinsame guckt und dann gar nicht so sehr auf das Trennende, ist vieles möglich! Es war und ist daher immer eines der größten Anliegen des Gegners, möglichst einige der Protagonisten dazu zu bringen, sich von anderen loszusagen, abzugrenzen, zu distanzieren.

Die Argumentation der Distanzierer ist immer gleich: Ohne diese Schwurbler von rechts wären wir viel anschlussfähiger an die »bürgerliche Mitte«! Ohne die verlausten Ökos und Linken wären wir seriöser in der Wahrnehmung! Und ohne diese Parteileute ... sind wir uns nicht einig darin, dass Parteien mehr schaden als nutzen?

Alles falsch. Nur die Vielfalt macht's möglich. Denn jede der Gruppen bringt ihre spezifischen Stärken mit. Die einen bringen von Haus aus eine kräftige Standhaftigkeit und Zählebigkeit mit. Die anderen können in ihrer lang erprobten Haltung ohnehin alles Staatliche zu hinterfragen, manchen »frisch aufgewachten« Normalbürger gut an die Hand nehmen, ohne dass der sich bei den ersten Blicken in die frisch erkannten Abgründe gleich zu Tode erschrickt.

Und alle Beispiele haben gezeigt: Wer sich distanziert, verliert. Nirgends wurde es durch Spaltung mehr, sondern immer nur weniger. Eine Erkenntnis, die sich sehr gut durchgesetzt hat und auch für die Zukunft nicht mehr in Vergessenheit geraten sollte!

DEMOKRATIEBEWEGUNG GLEICH FREIHEITSBEWEGUNG

Aber ich schreibe hier nicht nur zum Lobhudeln, das ist nicht meine Art. Ich habe auch so »meine Anfragen«, wie es unter Theologen heißt, wenn sie etwas fundamental in Zweifel ziehen (nicht dass ich ein Theologe wäre, mir gefällt nur die euphemistische Umschreibung tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten). Und diese Anfragen betreffen die Selbstbezeichnung. Demokratiebewegung? Echt? Warum? Weil man von klein auf gelernt hat, dass Demokratie



Sympathieträger und Organisator: Der Jurist Martin Kohlmann ist unter anderem Kulturförderer mit dem Tolstoi e.V., der sich für die Völkerverständigung einsetzt. Foto: Freie Sachsen

was Gutes zu sein hat? Und wenn es das mal nicht ist, ist es nicht die »echte« Demokratie? Oder weil man dann schon qua Bezeichnung zu den Guten und moralisch Überlegenen gehört?

Nein. Diese Selbstbezeichnung ist leider mitunter auch ein selbstgewählter (unbewusst, das will ich zugestehen) Ettikettenschwindel. Alle Corona-Maßnahmen kamen demokratisch zustande, da beißt die Maus keinen Faden ab. Die Corona-Parteien haben auch mitten in der Plandemie riesige Mehrheiten eingefahren, auch als mehrere Alternativen für eigentlich fast jeden Geschmack zur Verfügung standen, von der Basis bis zur AfD. Der Bürger hat in seiner Mehrzahl (sofern er sich an den Wahlen beteiligt hat, aber das stand ja jedem frei) für die Coronapolitik der Regierung gestimmt. Und indirekt damit auch für den geplanten Impfzwang.

Aber gut, wir meinen ja die »echte« Demokratie, also direkt und so. Hm. Echt? Hätten wir uns willig zwangsimpfen lassen und ohne Murren unseren Maulkorb getragen, wenn es vom Volke so »echt demokratisch« mehrheitlich abgestimmt worden wäre? Fette Mehrheiten für beides hätten in Westdeutschland zumindest zeitweise bereitgestanden.

Na gut, wir wollen ja die Leute erstmal richtig informieren. Viel Erfolg dabei! Ernsthaft. Aber wer legt fest, was richtig ist? Und wer garantiert, dass die Anderen unsere richtigen Informationen auch haben wollen und danach handeln? Niemand, und das ist auch gut so. Denn wenn wir das erwarteten, wären wir nicht besser als die jetzigen Demokratoren.

Demokratie muss nicht immer Gutes hervorbringen. Für viele sicher ein verstörender Gedanke, im Westen mehr als im Osten. Aber jedenfalls wert, darüber nachzudenken. Und um noch eins draufzusetzen: Ein weniger demokratisches System kann mitunter mehr Freiheit zulassen. Seien wir ehrlich in der Wortwahl: Wir wollen Freiheit. Die Freiheit, über unseren Körper, über unsere Gesundheit, unser Essen, unsere Vorsorge selbst zu entscheiden. Die Freiheit, die Ausbildung unserer Kinder selbst zu gestalten. Die Freiheit zu entscheiden, wofür wir unser selbst verdientes Geld ausgeben. Und wir haben ebensowenig wie die Regierung die absolute Wahrheit und daher auch nicht das Recht, diese anderen vorzugeben. Aber wir möchten für uns und unsere Familien danach handeln können, was wir als richtig erkannt haben.

Freiheitsbewegung – da gehören die Freien Sachsen dazu und zwar an vorderster Front. Freiheitsbewegung ist das, was unser Land dringend braucht – und mit der »Demokratiebewegung« ja auch hat, nur unter einer irreführenden Bezeichnung.

RECHTE DURCHSETZEN

Doch während wir uns über die richtige Bezeichnung – ob Freiheitsbewegung oder Demokratiebewegung – streiten mögen, ist es doch selbstverständlich, dass wir Ziele haben, die nah beieinander liegen. Wir wollen mehr Mitbestimmung, als es für die Bürger heute möglich ist. Wir wollen einen Aufbau des Gemeinwesens von unten nach oben, wo in den Kommunen wieder entschieden wird, was die Kommune betrifft, statt jede noch so kleine Entscheidung aus Berlin oder Brüssel hinnehmen zu müssen. Und wir wollen Rechte haben, die unverhandelbar sind, in die kein Staat, ganz gleich, welche Staatsform er haben mag und wie er sich bezeichnet, eingreifen darf.

Wenn wir diese Rechte durchgesetzt haben (und dafür braucht es nicht nur ein Stück Papier, auf dem sie stehen, sondern den Einsatz einer großen Freiheitsbewegung, um den nötigen Druck aufzubauen, diese Ziele auch ernsthaft zu erreichen), ist es fast egal, unter welcher Fahne das Schiff segelt. Doch bis dahin dürfte es derzeit noch ein weiter Weg sein, wie immer stärkere Freiheitseinschränkungen in jedem Lebensbereich zeigen.

Martin Kohlmann ist Rechtsanwalt in Sachsen und Gründer der Bewegung »Freie Sachsen« (freie-sachsen.info).



Osnabrück 7. Januar 2023 Foto: Georgi Belickin

BESTANDS= AUFNAHME



- **WAFFENEXPORTE – GEWISSENSFRAGE?**
- **FREIHEIT UND DEMOKRATIE?**
- **AFD – WIRKLICH SO SCHLIMM ODER NUR KONKURRENZPRODUKT ZUR CDU/CSU?**

Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash und Anselm Lenz treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme. Verlinkt wird das Privatformat im Presseportal Apolut.net und auf demokratischerwiderstand.de. Ein Ausschnitt wird hier abgedruckt.

K.S.S.: Lass uns mit dem ersten Thema anfangen: Waffenexporte in Kriegsgebiete – eine Gewissensfrage. Ich möchte an dieser Stelle auf ein Buch aus dem Hintergrund-Verlag verweisen: »Die Grünen – von einer Friedenspartei zu Kriegsakteuren.« Das trifft es ganz gut. Früher hat man gesagt, der Export von Waffen in Kriegsgebiete ist grundgesetzlich verboten. Im Grunde müssten wir also nicht darüber reden. Aber wir wissen ja, seit Neuestem gilt das Grundgesetz nicht unbedingt. Das wird jetzt flexibel gestaltet. Heute heißt es, kleinere Waffen reichen nicht, man müsse in Kriegsgebiete schwere Waffen liefern, sonst sei man ethisch nicht sauber. Es gibt jemanden, der sich über diesen Sinneswandel sehr freut, das ist die Rüstungsindustrie.

Und es gibt Parteien, die das sehr gut verkaufen können, vor allem, wenn sie einmal als Friedenspartei angefangen hatten. Das sind die Grünen, die sich heute am stärksten dafür einsetzen, dass schweres Gerät in die Ukraine geliefert wird, ganz egal, dass dort sehr viele Rechtsradikale dieses Gerät benutzen, um damit sonstwas zu treiben. Ich gebe zu, ich habe die Grünen ja mal gewählt... wir sehen aber heute, dass nicht die Grünen die Institutionen verändert haben, sondern die Institutionen die Grünen. Obwohl die Grünen für jeden Krieg sind – jetzt auch gegen Russland, da sind wir dabei! – haben sie das Image, sie seien eine Friedenspartei. Jetzt sagen sie sogar öffentlich, sie seien keine Friedenspartei gewesen, sondern immer eine Menschenrechtspartei. So können sie unter dem Label irgendwo einreiten und sagen, »man muss Krieg führen!«

A.L.: Als Friedenspartei habe ich die Grünen vielleicht noch ein Jahr in meiner Lebensspanne erlebt. Im Jahr 1998 durfte ich zum ersten Mal zu einer Bundestagswahl gehen. Die Grünen wurden in eine Regierung gewählt. Es verging kaum ein Jahr und schon bombardierten deutsche Bomberpiloten die Stadt Belgrad. Manche Leute sagten, »die Grünen machen da weiter, wo die Wehrmacht 19944/45 aufgehört hatte«. Seither können die Bündnisgrünen mit Sicherheit nicht mehr als Friedenspartei bezeichnet werden. Dass ein Erkenntnisprozess eine Weile braucht unter den Leuten, die die Partei aufgebaut und gewählt hatten, ist verständlich. Der Zerfall der jugoslawischen Bundesrepublik und der Bürgerkrieg waren ja tatsächlich sehr unübersichtlich und jahrelang.

Der damalige Bundesaußenminister von den Grünen, Joseph Fischer, genannt Joschka, rechtfertigte den ersten Einsatz deutschen Militärs in Jugoslawien mit der Shoah, dem Holocaust. Dass war der Dammbruch. Seither findet eine schamlose Ausbeutung tatsächlicher Verbrechen der Vergangenheit für kriegerische und wirtschaftliche Zwecke statt – und eine Inflationierung bis hin dazu, dass wenn einem vor dem Supermarkt der Parkplatz weggeschnappt wird, man jetzt nicht mehr den Scheibenwischer macht, sondern das Fenster runterkurbelt und »Antisemit!« ruft. Eine völlige Zerrüttung der Gesellschaft ist also die Folge, schon auf der Ebene der Kommunikation, der Semantik.

»Die innere Freiheit können sie mir nicht nehmen«

Martin Torp lebt als klassischer Komponist in Berlin und gründete im April 2021 die FreiheitsVokalisten.

DW: Herr Torp, wie kamen Sie dazu, einen widerständischen Chor zu gründen?
M.T.: Ich war am 28. März 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin dabei. Eigentlich hatte ich gedacht, aus dem Demo-Alter raus zu sein – ich bin Jahrgang 1957 und war in den 80er Jahren auf vielen Friedensdemos, in den Jahrzehnten danach aber kaum noch als Demonstrant aktiv gewesen. Doch ab Mitte März 2020 war mir klar, dass es bei der sogenannten Pandemie nicht primär um Gesundheit geht, sondern ums Eingemachte, um unsere Freiheit und Menschenwürde. Da musikalisch anfangs auf den Demos für die Grundrechte wenig los war, habe ich meine alte Gitarre entstaubt und dann alleine oder im Duo gesungen. Und irgendwann kam mir die Idee mit dem Chor.



Komponist Martin Torp ist Gründer und Leiter der FreiheitsVokalisten. Foto: privat

Ich habe Kirchenmusik studiert und komponiere moderne Klassik, also in der Tradition von Bach bis Mahler. Ursprünglich schwebte mir ein kleines Ensemble mit Leuten vor, die vom Blatt singen können. Doch daraus ist am Ende ein Laienchor geworden – offen für alle, die Töne treffen können und politisch mit unseren Kernanliegen übereinstimmen.

DW: Ihr Chor heißt FreiheitsVokalisten. Wie viele Mitglieder gibt es, und wo ist der Chor zu hören?
M.T.: Der Chor hat derzeit gut 25 aktive Mitglieder. Ich bemühe mich sehr um Qualität. Da wir politisch eine Minderheitenposition vertreten, erscheint mir dies doppelt wichtig. Wir proben einmal pro Woche und treten in der Regel im Anschluss daran öffentlich auf. Wir machen Flashmobs auf Plätzen und in U-Bahn-Stationen verschiedener Stadtteile. Bei diesen vielen kleinen Aktionen erreichen wir normale Bürger, außerhalb unserer Blase.

DW: Und wie reagieren die Passanten?
M.T.: Es kommt viel positives Echo. Aber vermutlich verstehen die Leute auch nicht immer jedes gesungene Wort. Wir versuchen allerdings, unsere maßnahmenkritischen Liedtexte möglichst gut verständlich zu singen. »Schwestern, Brüder, Herzgeschwister, steht vereint im Widerstand!« ist der Beginn der dritten Strophe unseres Beethoven-Stücks »Freiheit, schöner Götterfunken«. Bei solchen Zeilen sehen wir dann schon mal böse Gesichter. Aber manche sind auch sehr dankbar.

DW: Sie schreiben also Texte von bekannten Stücken um und machen auch die Arrangements. Welche Werke sind das?
M.T.: Ich arrangiere die Stücke in der Regel für vierstimmigen a cappella Chor; zum Beispiel wurde aus Beethovens »Freude, schöner Götterfunken« »Freiheit, schöner Götterfunken«. Der Kanon »Bruder Jakob« beginnt bei uns mit den Worten: »Werter Mitmensch, werter Mitmensch schläfst du noch ...«. Zu unserem Repertoire gehören unter anderen Heinrich Schütz' Psalm 58, Verdis Gefangenenchor, Stücke von Kurt Weill und Hanns Eisler, aber auch Spirituals und Pop-Songs wie die Pink-Floyd-Adaption »We don't need no Vaccination«.

DW: Die meiste Zeit war schon das Singen ein Zeichen des Widerstands. Sollte alles Menschliche zerstört werden?
M.T.: Anscheinend ja. Dabei unterlagen Chöre besonders strengen Beschränkungen. Sie sollten im Freien mit Masken, Tests, zwei Meter Abstand der Choristen voneinander und mindestens fünf Meter vom Publikum entfernt singen. Doch wenn ich unsinnige Vorgaben bekomme, fühle ich mich schon mal zum zivilen Ungehorsam verpflichtet. Wir können zwar keine Revolution auslösen, sind aber der sprichwörtliche stete Tropfen, der den Stein mit der Zeit aushöhlt. Unser Chor ist für manche Mitglieder auch ein Familienersatz – nachdem sie von ihren Freunden und Verwandten ausgegrenzt wurden.

DW: Komponieren Sie auch sonst für Chöre?
M.T.: Ja, so habe ich während der Corona-Zeit zum Beispiel ein Bonhoeffer-Oratorium komponiert – für Chor, Sprecher, Solisten und Orchester – nach Texten dieses 1945 von den Nazis grausam ermordeten Theologen und Widerständlers. Ich war überrascht, wie aktuell viele seiner Texte heute wieder sind. Nach seiner Verhaftung 1943 saß er übrigens anderthalb Jahre lang in Untersuchungshaft. Da sehe ich durchaus manche Parallele zu Michael Ballwegs Schicksal. Auch mich könnten sie hinter Gitter bringen, aber die innere Freiheit können sie mir nicht nehmen.

DW: Was können wir durch Musik erreichen? Können wir damit Technokraten innerlich berühren?
M.T.: Musik spricht das Seelische an, die Gefühlsebene. Angst und Panikmache ist ein wichtiger Baustein dieses Systems. Musik und ein gemeinsames Konzerterlebnis ist ein gutes Mittel gegen Ängste. Musik lockert auf und kann die Menschen innerlich öffnen. Bei Technokraten wie Klaus Schwab habe ich da allerdings wenig Hoffnung. Wenn Passanten unseren Chor erleben – wir sind gut drauf und singen maskenlos – dann hat das aber augenscheinlich oftmals befreiende und beglückende Wirkung.

Das Gespräch führte Sophia-Maria Antonulas.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

POST VON BALLWEG

Lieber Anselm, liebes Team vom DW! Vielen Dank für Eure Ausgabe #115! Danke an alle, die für mich auf Demos einstehen. Der beleuchtete »Freiheit«-Schriftzug war für mich auf meiner »Geburtstags-Demo« gut zu sehen. Richte bitte herzliche Grüße an Jürgen Fliege und Stephanie Tsomakaeva aus! Herzliche Grüße, noch aus der JVA (Stuttgart-Stammheim, Red.),
— Michael

FAXEN DICKE VON V-LEUTEN

Er ist leider nicht der Einzige, wobei bei es bei den meisten anderen eher Inkompetenz ist. Markus Haintz ist als V-Mann und Betrüger enttarnt, ich wusste es schon vor zwei Jahren. (...) Ich weiß nicht, wann es bei ihm anfing, auf jeden Fall hat er Mitschuld, daß Michael Ballweg nach Stammheim kam. Ich habe ihm nie ganz getraut, nachdem er bei uns am 7. 11. 2020 wie ein Irrer die Masken aufsetzen ließ. Wir sagten damals, daß wir die Polizei nicht auf unserer Bühne haben wollen. (...) Daß Fehler passieren, ist in Ordnung. Neu ist, daß ein Rechtsanwalt auch noch Geld von uns einsammeln will, wobei er behauptet, etwas für uns zu machen (...) Wir werden ein Fest machen und demnächst eine Demonstration gegen Markus Haintz anmelden.
—Jally, München (per E-Mail)

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Auf den Weg in die Jahrhundertrezession

Die Bundesregierung fördert die Branche, die zur Stabilisierung ihrer Herrschaft unabdinglich ist: Die Waffenindustrie. | Von Hendrik Sodenkamp

Deren System ist am Ende. Bereits Ende 2019 zeichnete sich der Kollaps des Wirtschaftssystems durch den Zusammenbruch der Repo-Märkte ab. Dann kam Corona und der wirtschaftliche Niedergang konnte auf das vermeintlich fürsorgliche Regierungshandeln geschoben werden.

Anfang diesen Jahres verkündete die Chefin des mächtigen Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, in ihrer Prognose: »Für den größten Teil der Weltwirtschaft wird es ein schwieriges Jahr werden, schwieriger als das Jahr, das wir hinter uns lassen.« Grund hierfür sei, Oh Wunder!, erneut der Coronavirus. Dieser verbreite sich nach dem Ende der No-Covidpolitik der chinesischen Regierung nun »unaufhaltsam«, was zu massiven wirtschaftlichen Störungen in China führen werde – und damit auch in Europa.

Die Hälfte der Länder der Europäischen Union werde 2023 auch wegen der Lage in China in eine Rezession abrutschen. Dazu komme der Ukraine-Krieg, welcher die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben habe, erklärte die IWF-Chefin. Die Hälfte der Länder der Europäischen Union werde 2023 auch wegen der Lage in China in eine Rezession abrutschen. Dazu komme der Ukraine-Krieg, welcher die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben haben, so die IWF-Chefin.

In Großbritannien ist es bereits soweit. Bei einer Inflationsrate von rund zehn Prozent erlebte das Vereinigte Königreich bereits im Dezember 2022 die »größte Streikwelle seit Jahrzehnten« (Deutsche Welle); Krankenhausmitarbeiter, Postbeamte, Bahnangestellte, Universitätsmitarbeiter und Grenzschützer streikten. Die britische Notenbank geht für das kommende Jahr von einer Jahrhundertrezession aus.

ZUERST DIE PHARMA- UND JETZT DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE

Auch für Deutschland sind die Vorhersagen düster: Der IWF prognostiziert, dass das Brutto-Inlandsprodukt der Bundesrepublik im Jahr 2023 schrumpfen werde. »Deutschland und Italien werden klar in die Rezession abrutschen«, so Georgieva.

Zur Stabilisierung pumpten die Bundesregierungen in den vergangenen Jahren Milliardenbeträge in befreundete Unternehmen und Branchen. In den Jahren 2020 bis 2022 war es offensichtlich die Pharmabranche, die mit Steuergeldern zugeschüttet wurden. Es wurden unvorstellbare Summen bewegt, um Impfstoffe anzuschaffen, die die Menschen vergifteten und nun, da die Haltbarkeitsdaten abgelaufen sind, vernichtet werden.

Mit Jahren Verspätung findet nun auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk heraus, dass die Labore und Ärzte mit den PCR-Tests vollkommen überteuerte Preise abgerufen haben. Die Folge von Lobbyarbeit, bei der Vertreter der Testindustrie an der Festlegung der Vergütung direkt miteinbezogen waren. Mit der Aussicht auf immense Gewinne, waren Labore, Ärzte und Krankenhäuser bereit, die Lüge von der Jahrhundertseuche mitzutragen. Hinzu kamen Milliarden Euro für medizinisch sinnlose, gesundheitsschädigende und entwürdigende Masken. Nun ist es der klassische Profiteur, der von der Bundesregierung mit Geld zugeschüttet wird: Die Rüstungsindustrie. »Wir werden nicht aufhören, Waffen an die Ukraine zu liefern«, versicherte auch Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) im Fernsehen zur besten Sendezeit. Dabei wird nun immer offener auch über den Versand von Kampfpanzern des Typs Leopard 2 gesprochen.

SEIT 2019 GEHÖREN KAMPFPANZER ZUM PLAN

Der transatlantische Denkpanzer European Council on Foreign Relations (Europäischer Rat für Außenbeziehungen) hatte bereits im September 2019 in einem Papier den sogenannten »Leopard-Plan« vorgestellt. Darin hieß es, dass für die Eroberung der Ostukraine Kampfpanzer erforderlich seien. Der Krieg soll zum totalen Sieg des Nato-Blocks führen. Deutschland müsse den ersten Schritt machen und Leopard-Panzer liefern, die in der Nähe von München vom Waffenhersteller Krauss-Maffei Wegmann hergestellt werden. Dieser Schritt würde es möglich machen, dass die Weitergabe von Leopard-Panzern auch aus den Armeebeständen anderer Länder in die Ukraine rechtlich möglich wird. Denn die Bundesregierung muss der Weitergabe von Panzern, beispielsweise aus Polen, zustimmen, was dann ein logischer Schritt wäre, würde die Bundesregierung den ersten Schritt unternehmen. Diese verschifften Panzer würden dann selbstverständlich ersetzt werden durch neue Panzer vom Wirtschaftsstandort München. Der Waffenindustrie winken Milliarden.

Spätestens am 20. Januar 2023 soll eine Entscheidung über die Lieferung getroffen werden. Da findet eine internationale Waffenschieberkonferenz der Nato statt. Die Bundesregierung könnte jedoch, so die Forderung der transatlantischen Kriegstreiber, »Verantwortung übernehmen« und bereits zuvor den ersten Schritt unternehmen und Kampfpanzer für die ukrainische Offensive stellen.

Wieder einmal sind es die Grünen, die dermaßen auf US-Nato-Kurs gebügelt sind, dass sie den ersten öffentlichkeitswirksamen Schritt in Bezug auf Kampfpanzer unternehmen. Und bezeichnenderweise in Gestalt des Wirtschaftsministers. Eine hochproduktive Rüstungsbranche ist auch in der Lage, Waffen gegen die sich abzeichnenden Aufstände und Revolutionsbemühungen zu liefern. Sie ist im engsten Sinne des Wortes systemrelevant.

Denn: Während im Euroraum der Finanzmarktkapitalismus abschmiert, die Inflation gekommen ist, um zu bleiben, die Arbeitslosigkeit zunimmt, private Sparguthaben dahinschmelzen und der allgemeine Wohlstand abnimmt, braut sich im globalen Süden eine Hungerseuche zusammen. Wie der Autor Flo Osrainik in seinem Buch »Chronik einer Abrechnung« festhält, zeichnet sich hier eine Bevölkerungsreduktion der besonderen Art ab: Tod durch Verhungern. Rund eine Milliarde Menschen sind laut Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) im Jahr 2023 von Hunger bedroht: »Essen, das im Jahr 2022 nicht bezahlbar war, könnte im Jahr 2023 einfach nicht da sein«, fasst es das WFP zusammen. Auch da helfen dem reichen Nato-Block gute Waffen zur Niederschießung von Aufständen. Habeck will sich wohl nicht sagen lassen, er hätte nicht vorgesorgt.



Der heutige Vizekanzler Robert Habeck arbeitete als Theaterdramaturg an kleinen Bühnen und brachte Kinderbücher heraus. Bei der Aufstellung der Kanzlerkandidaten ließ er der »hochbegabten« Annalena den Vortritt, die ihn zuvor gedemütigt hatte. Während sie, Bärbock, »aus dem Bereich Völkerrecht« komme, kenne er, der Robert, sich nur »mit Kühen und Schweinen« aus. Habeck knickte ein.

Soviel »weiche Kompetenz« ruft möglicherweise kompensatorische Gelüste mit dem dicksten Panzerrohr hervor: In Richtung Russland hetzte er bereits 2016 als Abgeordneter der Bündnisgrünen: »Guten Tag Herr Putin, Sie kennen mich noch nicht. Ich bin gerade Spitzenkandidat meiner Partei geworden. Geben Sie uns noch zwei, drei Monate, dann regieren wir… Wir werden Nordstream nicht bauen und die Handelsbeziehungen zu Russland abbauen.«

Illustration DW/Ute Feuerstacke

PCR-Tests und Milliardengewinne

Ein KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Kaum hat Dr. Drosten die Pandemie für beendet erklärt, finden wir in den *Mainstream*-Medien plötzlich kritische Corona-Berichte. Aber warum erst jetzt? Man wird den Eindruck nicht los, dass solche Meldungen der verzweifelte Versuch sind, den Ruf der Einseitigkeit abzulegen.

Hinter den Labor-Branchenriesen stehen also Finanzinvestoren. So hat mitten in der Pandemie der US-Finanzkonzern Goldman Sachs zusammen mit zwei weiteren Investoren für 1,5 Milliarden Euro die Laborfirma Amedes mit Sitz in Göttingen übernommen. *WDR*, *NDR* und *Süddeutsche Zeitung* (SZ) haben mehr als tausend Seiten interner Ministeriumsunterlagen ausgewertet, in denen es vor allem um die Vergütung der PCR-Tests ging. Während der Test auf Influenza und ähnliche Erreger mit knapp 20 Euro vergütet wird, erhielten die Labore für den Corona-PCR-Test anfangs 59 Euro von den Krankenkassen. Inzwischen ist der Preis auf rund 30 Euro abgesunken. Insider berichten nun, dass das Gesundheitsministerium Druck gemacht habe, den hohen Preis von 59 Euro zu akzeptieren, meldet die Tagesschau.

Bereits bei den Masken gab es Skandale: Politiker wie Dr. Georg Nüßlein versuchten, sich mit *Deals* zu bereichern. Zu Schluss verwies das Oberlandesgericht München dann auf Paragraf 108e des Strafgesetzbuches (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern). Nach dem »eindeutigen Willen« des Bundestags sei es kein Gesetzesverstoß, wenn ein Abgeordneter die »Autorität seines Mandats« und seine Kontakte nutze, um Entscheidungen außerhalb des Parlaments zu beeinflussen. Das sei so »hinzunehmen«.

Nüßlein hatte für die Vermittlung der Masken*deals* über seine Beraterfirma Tectum 660.000 Euro kassiert, weitere 540.000 Euro sollten noch hinzukommen. Das wären dann insgesamt 1,2 Millionen Euro. Nüßlein ist aus der CSU ausgetreten und gehört auch nicht mehr dem Bundestag an. Die CSU hatte ihn nach Beginn der Maskenaffäre nicht mehr als Kandidaten aufgestellt.

DIE WICHTIGSTE FRAGE WIRD NICHT GESTELLT

Was bei der gesamten Berichterstattung aber zu kurz kommt, ist die Frage nach der Wirksamkeit von Masken und Tests. Hier schweigt man sich aus. Bereits im Dezember 2020 hatte das Ärzteblatt zu den PCR-Tests kritisch berichtet, wobei wohl niemand dem Ärzteblatt unterstellen wird, besonders »Querdenker-freundlich« zu sein. Bei einem positiven PCR-Test mit mehr als 24 Replikationszyklen bestehe keine Ansteckungsgefahr mehr – trotzdem verwende man die Ergebnisse von Messungen mit 30 Zyklen und mehr. Den offiziellen Zahlen des Schweizer BAG oder des RKI nach steige die Zahl der Covid 19-Neuinfektionen rasant an — womit wiederum politisch argumentiert wird, wenn es um die Einführung eines neuen *Lockdowns* geht. Doch eine bereits im Mai 2020 publizierte Studie im renommierten Fachjournal Clinical Infectious Diseases machte klar: Die verwendeten Daten sind rein manipulativ. Denn sie basieren auf einem Wert, bei dem es eine Infektiosität in Wirklichkeit gar nicht gibt. Das wiederum erklärt auch die Tatsache, warum weder die Zahl der Todesfälle noch jene der Krankenhausaufenthalte ansteigt, so das Ärzteblatt.

POLITIKER »VERGASSEN« WICHTIGSTE SPIELREGEL: ZYKLEN EGAL, PREIS EGAL

Erstaunlich, dass diese Informationen einer breiten Öffentlichkeit niemals bekannt wurden, ebenso wenig die Tatsache, dass der PCR-Test nur für wissenschaftliche Zwecke zugelassen wurde. Wenn Dr. Reiner Fuellmich damals meinte, mit einer Klage gegen solche Tests mit einer *Class Action* vorgehen zu können, so hat er nicht daran gedacht, dass es nicht die falschen Tests waren, die rechtswidrige Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerungen verhängten, sondern eben Politiker wie Nüßlein, die Masken und Testpflichten einführten. Es fehlt juristisch daher an der sogenannten Kausalität. Wer einen unbrauchbaren Test einsetzt, der kann nachher dem Hersteller nicht die Schuld in die Schuhe schieben. Aber wer einen PCR-Test als Maßstab nutzen will, der muss zumindest die Spielregeln klarmachen, und das wären zumindest die besagten 24 Replikationszyklen gewesen. Wie die Labore gearbeitet haben und mit wie vielen Zyklen, wissen wir hingegen bis heute nicht.

In einem Prozess gegen das Ausgangsverbot in Köln, habe ich entsprechende Beweisanträge gestellt. Dies hat den Richter aber keineswegs interessiert – er hat es schlicht unterlassen, den erforderlichen Sachverhalt zu ermitteln, obwohl ein Verwaltungsgericht dies schon von Amts wegen tun müsste.

Nun stellt sich noch heraus, dass sogar das Gesundheitsministerium Druck gemacht hat, den hohen Preis von 59 Euro für die PCR-Tests zu akzeptieren. Was da bei mir ankommt sind folgende Gedanken: Zyklen egal, Preis egal, kommt einem doch fast so vor, als wollte man hohe Zahlen um jeden Preis generieren. Denn seien wir ehrlich, je mehr positive Tests es gibt, desto mehr Maßnahmen kann man rechtfertigen. Und die Labore dürften auch ein Interesse an dieser Praxis gehabt haben, bei diesen Gewinnen. Nur leider erfahren wir solche Zusammenhänge bei der Tagesschau mal wieder nicht – denn die mag lieber nur an der Oberfläche kratzen, als ihre jahrelange einseitige Berichterstattung oder gar die Pandemie zu hinterfragen. Denn der PCR-Test ist der größte Betrug der Medizingeschichte, da er keine aktive Infektion nachweisen kann – es gibt keine asymptomatische Erkrankung. Letztendlich waren diese Tests alle völlig nutzlos, ganz gleich, wie viel sie gekostet haben. Das einzige, wozu sie da waren, ist, dass sich Laborbetreiber goldene Nasen verdienen und Politiker unsinnige Maßnahmen rechtfertigen konnten.



WINTER DER UNZUFRIEDENHEIT

London/DW. Nichts läuft mehr im Vereinigten Königreich. Selbst Mainstream-Medien veröffentlichen lange Listen mit allen Streikankündigungen. Die Gewerkschaften des Landes, die Beschäftigte aus einer Vielzahl von Berufen im öffentlichen Dienst vertreten, sind in den Arbeitskampf getreten. Die Inflation schmälert die Einkommen der Beschäftigten trotzdem sind die Forderungen nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen bisher unbeantwortet geblieben.

Die 40.000 Beschäftigten, die in der Fracht-Gewerkschaft Rail, Maritime and Transport (RMT) organisiert sind, legen in einer der verkehrsreichsten Zeiten des Jahres die Arbeit nieder, um bessere Bedingungen zu erzwingen. Auch die Gewerkschaft Communication Workers' Union, die die Postangestellten vertritt, streitet mit Royal Mail über die Löhne ihrer Mitglieder. Das Krankenpflegepersonal streikt ebenfalls wegen der Löhne und den katastrophalen Arbeitsbedingungen im National Health Service (NHS).

In diesem Monat streiken außerdem Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes G4S, Londoner Busfahrer, das Eurostar-Sicherheitspersonal, Grenzschutzbeamte, Heathrow-Gepäckabfertiger, schottische Lehrer, Fahrprüfer in Nordengland und Schottland sowie Straßenarbeiter im ganzen Land. (sma)



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

UNSER GRÖßTES KAPITAL

»Als Unternehmer will ich genau solche Angestellte, wie die Menschen hier, die seit März 2020 in Deutschland für ihre Rechte auf die Straße gehen. Sie denken mit, agieren selbstbewusst und übernehmen gerne Verantwortung«, erklärte Wolfgang Greulich bei einer seiner vielen Reden während der vergangenen Jahre.

Und auch Mitarbeiter wollen Chefs, denen sie vertrauen können, die für ihren Betrieb und ihr größtes Kapital eintreten – und das ist nicht ihr Bankkonto, sondern ihre Belegschaft. Zu viele Unternehmer verfielen, ausgelöst durch das Corona-Schockprinzip, in den Führungsstil der 50er Jahre – Stichworte: strenge Hierarchie, Micro-Management, keine Widerrede oder Ideen zulassen. Das ist einerseits verständlich, denn Menschen verfallen nun mal in alte Muster, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Andererseits braucht es genau in solchen Krisen ein gutes starkes Team, das sich aufeinander verlassen kann. Und gute Mitarbeiter arbeiten mit ihren Chefs zusammen, entwickeln gemeinsam Ideen, bringen den Betrieb weiter, aber derartiges Personal will nicht einfach nur folgen, sich nicht unterwerfen. Die Zeit der Einzelkämpfer und diktatorischen Führer ist vorbei, falls es diese Zeit jemals gab.

Es fällt auf, dass derzeit vor allem die Betriebe unter Personalmangel leiden, die ihre Leute traditionell schlecht behandeln und ausbeuten: Tourismus und Gastgewerbe. Ganz schnell haben Gaststätten im Jahr 2020 ihre Leute in die Kurzarbeit geschickt. Niemand kann ohne Trinkgeld nur vom Grundgehalt leben und dann davon 60 Prozent? Klar, dass sich die vielen Kellner und Rezeptionisten neue Jobs in anderen Branchen gesucht haben. Und dort geblieben sind. Wer will schon zu einem Unternehmer zurück, der empathielos seine Belegschaft ausbeutet und nur auf sich selbst schaut? Aber es gab auch positive Beispiele: So wie eine große Kaffeerösterei und Gastwirtschaft in Bayern. Der Besitzer musste seine Leute zwar auch in Kurzarbeit schicken, hat sie aber jede Woche angerufen, um sich zu erkundigen, wie es ihnen geht. Wer mit dem reduzierten Lohn nicht auskam, dem wurde geholfen. Dieser Unternehmer war auch in schlechten Zeiten für seine Leute da. Er wusste und weiß, dass sie sein größtes Kapital sind. (sma)

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Japan untersucht Spritzengenozid (nicht)

Professor der Universität Kyoto: Weltweit sind »Milliarden von Menschenleben in Gefahr« | Von Felix Feistel.

Berichten von *Infowars* und *NewsPunch* zufolge wurden japanische Wissenschaftler damit beauftragt, die massiv gestiegene Anzahl von Todesfällen, die seit Beginn der Spritzkampagne des Landes zu verzeichnen sind, zu untersuchen. Demnach soll der Mechanismus erforscht werden, mit dem die mRNA-Stoffe zum Tod führen. Diese Berichte wurden wenig später allerdings dementiert und von sogenannten Faktencheckern als Fehlinformation eingestuft.

Dennoch gibt es in Japan renommierte Wissenschaftler, die die fälschlicherweise als Impfung bezeichneten experimentellen mRNA-Stoffe kritisieren. Prof. Masataka Nagao von der medizinischen Fakultät der Universität Hiroshima hatte beispielsweise davon berichtet, dass die Körper vieler infolge der Spritzen Verstorbener vor dem Tod ungewöhnlich hohe Temperaturen von 40 Grad Celsius aufwiesen. Das laut Nagao auf massive Entzündungsreaktionen zurückzuführen, die durch die Spritze ausgelöst werden. Zudem stellte Nagaos Forschungsteam fest, dass sich die genetische Zusammensetzung des Immunsystems der untersuchten geimpften Verstorbenen erheblich verändert hatte. Daraus schloss er, dass die mRNA-Stoffe die Immunsysteme der Menschen verändert, was zu den Entzündungsreaktionen führt. Der Dermatologieexperte Prof. Shigetoshi Sano von der medizinischen Fakultät der Universität von Kōchi kam ebenfalls zu der Erkenntnis, dass das Spike-Protein das Immunsystem schwäche.

Auch der angesehene Onkologe und emeritierte Professor der Universität von Kyoto, Vertreter des Gesundheits- und Bildungsinstitutes (Learning Health Society Institute, LHSI) Masanori Fukushima, sorgte für Aufregung, als er am 25. November Regierungsbeamte befragte, und dabei leidenschaftlich von der Gefahr durch die mRNA- Stoffe sprach. Auf der Veranstaltung erklärte Fukushima die durch die Genspritzen verursachten Schäden zu einem »weltweiten Problem«. Er vermutete weiter, dass »angesichts der Vielzahl von unerwünschten Ereignissen letztlich Milliarden von Menschenleben in Gefahr sein könnten«. Fukushima erklärt, dass die mRNA Stoffe durch die Exprimierung des Spike-Proteins im Körper gefährlich sind, da das Protein durch die Bindung an Endothelzellen Gerinnungen auslöst und es zudem in Prozesse eingreift, die in beinahe allen Zellen des Körpers ablaufen. Er hatte die japanische Regierung bereits im August aufgefordert, die Daten über die Impftoten herauszugeben, was diese verweigerte. Fukushima ist Onkologe mit 25 Jahren Erfahrung in eigener Praxis und der Forschung. Schon im Jahr 2020 hatte er gewarnt, dass der »Impf«-Stoff falsch konzipiert sei, er wurde jedoch ignoriert.

Japan verzeichnete zu Beginn der »Pandemie« kaum Todesfälle, die mit Covid-19 in Verbindung gebracht werden konnten. Erst mit Beginn der Spritzenkampagne stieg die Zahl der Todesfälle massiv an. Schon sehr bald wurde der Stoff von Moderna aus dem Verkehr gezogen, die anderen Mittel jedoch trotz wachsender Evidenz für ihre Schädlichkeit weiter verabreicht. 84,3 Prozent der Japanern ist laut offiziellen Angaben mindestens einmal die Injektion verabreicht worden.

BRASÍLIA IN AUFRUHR

Von Felix Feistel



Demonstranten in den Nationalfarben Grün, Gelb und Blau: Das von Demonstranten gestürmte Parlamentsgebäude in Brasília am 8. Januar 2023. Foto: Evaristo

Nur eine Woche nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten Lula da Silva kam es am Sonntag, den 8. Januar 2023, in der Brasília zu Unruhen. Tausende Menschen fuhren in die Regierungsstadt Brasiliens und stürmten Medienberichten zufolge den Kongress, wo sie die Scheiben des Foyers einschlugen und bis in die Eingangshalle und in Büros gelangten.

Die Erstürmung durch die Aufständischen aus dem Volk zeigte der brasilianische TV-Sender Globo in mehreren Videos. Auch auf das Parlamentsgelände drangen mehrere hundert Demonstranten vor und gelangten bis auf das Dach. Die Polizei reagierte mit Blendgranaten und Pfefferspray und zerschlug die Proteste. Daraufhin sollen die Demonstranten zum obersten Gerichtshof gezogen sein und auch dort Sachschäden angerichtet haben. Auch der Regierungspalast Palácio do Planalto wurde Ziel von Demonstranten, die in den Medien einhellig »Bolsonaro-Anhänger« genannt werden. Der Präsident Lula da Silva wurde Berichten zufolge evakuiert.

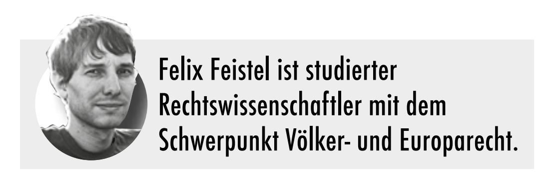
STURM AUF REGIERUNGSGEBÄUDE MIT DULDUNG DER POLIZEI

Nach stundenlangen Auseinandersetzungen gelang es den Sicherheitskräften am Sonntagabend, den 8. Januar, die Demonstranten aus den Regierungsgebäuden zu vertreiben. Mehr als 300 Menschen seien laut Behördenangaben festgenommen worden. Der Justizminister sagte, dass die Justiz versuche, alle beteiligten Personen zu identifizieren, und erklärte die Unruhen zu einem »versuchten Staatsstreich«. Die Tagesschau sprach am Montag von einem »Putschversuch«. Der amtierende Präsident Lula da Silva ordnete nach den Vorgängen per Dekret das »Eingreifen des Bundes« gegen die Randalierer an und rief in der Hauptstadt, die abgelegen von der dicht besiedelten Küste im Landesinneren liegt, den Notstand aus. Zudem wurde der Gouverneur des Bundesdistriktes für 90 Tage suspendiert. Und der oberste Richter Brasiliens, Alexandre de Moraes, enthob den Sicherheitschef von Brasília, Anderson Torres, der unter Bolsonaro Justizminister war und als Gefolgsmann des Ex-Präsidenten gilt, des Amtes. Dies wurde damit begründet, dass die Demonstranten »nur mit der Zustimmung und sogar unter wirksamer Beteiligung der zuständigen Behörden« in die Regierungseinrichtungen hatten vordringen können.

BRASILIEN MIT ANHALTENDEN MASSENPROTESTEN

Da Silva erklärte, der ehemalige Präsident Jair Bolsonaro trage die Verantwortung für die Aufstände, da dieser seine Anhänger radikalisiert habe. Dieser wies unterdessen jede Verantwortung von sich und verurteilte die gewalttätigen Demonstrationen. Er erklärte, nur friedliche Demonstrationen gehörten zur Demokratie. Schon seit der Wahl Da Silvas zum neuen Präsidenten wird Brasilien von teils riesigen Protesten in Atem gehalten (DW berichtete). Bolsonaro hatte dabei stets dazu aufgerufen, friedlich zu demonstrieren. Große Teile der Bevölkerung beschuldigen Da Silva, die Wahl gefälscht zu haben. Sie bezeichnen ihn zudem als korrupt.

Tatsächlich hatte es in der Vergangenheit Verfahren wegen Korruption und Geldwäsche gegen Da Silva gegeben, die dazu führten, dass er zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Später wurde die Strafe vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Doch dieses Urteil steht in der Kritik, da der zuständige Richter zuvor von Da Silva in dieses Amt gebracht worden war. Die Lage ist komplizierter als die formale Einteilung in politisch »links« (da Silva) und »rechts« (Bolsonaro). Beide Politiker haben Unterstützung aus dem multiethnischen Volk Brasiliens, aus der Arbeiterklasse sowie dem Mittelstand.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

PARIS WILL KIEW PANZER LIEFERN

Paris/DW. Wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet, hat Frankreich angekündigt, Kiew mit Panzern des Typs AMX-10 RC aus französischer Produktion zu beliefern. Angaben über eine genaue Anzahl machte die Regierung jedoch nicht. Bei den Panzern handelt es sich um »leichte« Spähpanzer. Zusätzlich will Paris Kiew eine nicht näher genannte Anzahl an gepanzerten Mannschaftstransportern zur Verfügung stellen. (ffe)

US-MARIONETTE GUAIDÓ ABGESETZT

Caracas/DW. In Venezuela haben die drei größten Oppositionsparteien dafür gestimmt, den »Interimspräsidenten« Juan Guaidó abzusetzen. Dies berichtet das unabhängige Portal *amerika21.de*. Demnach soll auch Guaidós bürokratischer Apparat abgebaut werden. Juan Guaidó hatte nach der Wiederwahl des Sozialisten Nicolás Maduro mit Unterstützung und sogar offizieller Anerkennung der USA versucht, sich an die Macht zu putschen, was ihm aber nie gelungen ist. Sein »Amt« hat dementsprechend nie eine Bedeutung gehabt. (ffe)

2022 MEHR ALS 3.000 TOTE IM JEMEN-KRIEG

Colombo/DW. Die sri-lankische Menschenrechtsorganisation »Auge für die Menschheit« (Eye for Humanity) berichtet, dass im Jahr 2022 im Jemen mehr als 3.000 Menschen getötet wurden, darunter mindestens 643 Zivilisten. Zudem wurden mehr als 14.300 Wohnungen, zwölf Krankenhäuser und 64 Schulen zerstört. Das geht aus Meldungen von Cosortium News hervor. Saudi Arabien führt seit sieben Jahren einen Krieg im Jemen, bei dem bislang ungefähr 18.000 Menschen getötet wurden. Unterstützt wird Saudi Arabien dabei von den USA. (ffe)

MOSKAU WIRD PARADOXES ABKOMMEN KÜNDIGEN

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat der Duma einen Gesetzesentwurf zur Kündigung eines 2006 mit dem Europarat geschlossenen Abkommens zur Bekämpfung der Korruption vorgelegt. Dieses hatte es dem Europarat ermöglicht, die Bekämpfung der Korruption in Russland zu überwachen. Nun solle das Abkommen gekündigt werden, weil es Russen diskriminiere. Schon im März 2022 hatte die Gruppe zur Korruptionsbekämpfung des Europarates zwar Russland das Stimmrecht entzogen, wollte jedoch weiterhin die Antikorruptionsmaßnahmen Russlands bewerten. (ffe)

USA: BROTPREIS STEIGT WEITER

Chicago/DW. In den USA steigen die Lebensmittelpreise trotz offiziell zurückgehender Inflation extrem an. Wie unter anderem das TV-Format Tagesschau berichtet, sind mehr Menschen als je zuvor auf Armen-Ausspeisungen angewiesen. Doch auch diese haben mit massiven Problemen zu kämpfen, da sich auch die Wohltätigkeitsorganisationen die gestiegenen Preise immer weniger leisten können. (ffe)

STICHWORT DW-AKADEMIE

Diese Zeitung gründet eine Hochschule im Ausland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand/verteilen

»Verfassungserneue keine Verschwörung

Er tanzt und demonstriert: »Captain Future« ist seit April 2020 mit der »Freedom Parade« Straßen, sein Film läuft auf internationalen Festivals. Kapitän Zukunft? Der Preisträger

Anselm Lenz: Wenn Sie das Corona-Regime mit dem Faschismus in Verbindung bringen – in einer neofaschistischen Form –, dann sind Sie Antifaschist oder nicht?

Michael Bründel: Das ist natürlich ein Streitthema: Was ist links, was ist rechts? Dazu gibt es auch ein schönes Lied. Diese Begriffe sind eigentlich gar nicht mehr zu gebrauchen. Das wissen wir ja alle, wir in der Demokratiebewegung werden in der Propaganda alle als rechts, als Nazis diffamiert. Die, die das tun, verhalten sich aber wie Nazis, bezeichnen uns dann als solche, dabei sind sie es eher selber. Wir haben ja am 1. Mai zusammen mit den Freien Linken Demonstrationen gemacht. Ein paar Leute, die sich Antifa nennen, standen dann trotzdem auf der anderen Seite. Und dann wurde sich darüber gestritten, wer jetzt die wahren Linken sind.

A.L.: Sind Sie denn etwa kein Nazi?

M.B. [lacht]: Nö. Habe ich nie so gesehen. Aber was macht einen zum Nazi? Also das, wovon ich dachte, dass es einen zum Nazi macht, bin ich allerdings nicht. Die richtigen Nazis, also die vom Zweiten Weltkrieg, leben nicht mehr. Und die Nachkommen, also jene, die sich in der Tradition sehen, werden irgendwie auch immer knapper. Früher gab es ja noch die Leute mit Springerstiefeln und Glatze, die gewalttätig waren. In Berlin laufen solche Leute jedenfalls nicht mehr herum, die gibt es nicht mehr. Ich weiß nicht, ob es vielleicht noch ein paar in Brandenburg gibt. Angesichts dieses Mangels musste die sogenannte Antifa händeringend irgendwo irgendwelche Nazis finden, sonst würde ja ihre Daseinsberechtigung wegfallen. Und dann wird alles aus den Ecken gezogen, was irgendwie noch kritisch ist, irgendwie anderer Meinung ist – das sind dann halt die Nazis.

A.L.: Wer denkt sich so etwas aus?

M.B.: Die werden angestiftet. Frau Künast hat es ja sogar gesagt –

A.L.: Renate Künast, die Politikerin der Bündnisgrünen –

M.B.: – dass sie eine »solide Finanzierung für Antifa-Gruppen« haben möchte. Wir hatten sogar auch mal einen auf der Gegenseite stehen, der zugegeben hat, dass da Gelder fließen. Ich weiß jetzt nicht, ob jeder, der auf jeder anderen Seite steht, jedes Mal Geld bekommt. Aber in irgendeiner Art und Weise fließen da Gelder.

GELDER FÜR DIE FAKE-ANTIFA

A.L.: Herr Bründel, Sie sprechen über die Menschen, die als Gegendemonstranten auftreten. Meist sind das Gruppen von fünf bis sieben Leuten, meist angeführt durch Parteileute älteren Semesters, die riesige Transparente mitbringen, auf denen manchmal dieses Antifa-Logo aus den 1930er Jahren aufgedruckt steht. Und da fragt man sich doch, wenn man, wie Sie, die linke Szene und deren Orte ganz gut kennt, warum wir von diesen Gegendemonstranten nie jemanden kennen?

M.B.: Ich bin einfach nur DJ und will einfach nur feiern [lacht]. Also zumindest bis Corona, also bis 2019, war ich wohl eher grün und links. Aus Notwehr musste ich jetzt praktisch politisch aktiv werden. Ich habe viele Jahre gefeiert, es war im Grunde für mich gar nicht unangenehm, dass jetzt mal etwas anderes kommt. Dass man praktisch dieses Feiern als Wert an sich, das Freude und positive Energie verbreitet, dass man dem noch einen weiteren Sinn hinzufügt, nämlich eine politische Motivation. Dass man damit auch noch etwas Gutes, Wichtiges erreicht, eine neue Dimension dem hinzufügt. Das macht Spaß und ist noch befriedigender. Wenn man mit dem Tanzen praktisch noch etwas Gutes bewirkt, macht es umso mehr Spaß.

A.L.: Auf der Suche nach den Nazis, die in den Jahren 2020 bis 2023 laut Propaganda hinter jedem Busch lauern sollen, sagen Sie: »Ich gehe feiern, ich gehe tanzen!« Was hätten wir noch an möglichen Vorwürfen gegen Sie? Sind Sie vielleicht ein Antisemit, also ein Judenhasser, der jüdischen Menschen Übles will?

M.B.: Wenn man dem TV-Gesicht Jan Böhmermann glaubt, dann wäre dem wohl so. Er hat Ende 2022 die Partei Die Basis, für die ich Werbung gemacht hatte, als antisemitisch bezeichnet. Weder ich noch Die Basis sind antisemitisch.

A.L.: Sondern?

M.B.: Ich bin Freund eines jeden Menschen. Ich bin für Menschlichkeit, für Liebe, für positive Energie, für Frieden, Freiheit, Eierkuchen – und gute Musik. Und das ist auch ein Grund, warum ich ohne seelische Schrammen diese ganzen Demonstrationen überstanden habe. Es gab viel Polizeigewalt. Ich bin zigmal abgeführt worden.

A.L.: Und darüber sprachen Sie auch einmal mit dem dafür verantwortlichen damaligen Innensenator. Wie war Ihr Gespräch mit dem Innensenator Andreas Geisel, SPD, mutmaßlich verantwortlich für mindestens zwei Tote in Polizeimaßnahmen während der Demonstrationen der Demokratiebewegung? Was hat Ihnen Ihr Innensenator gesagt, den Sie ja auch mitbezahlen, und der Ihnen verpflichtet und Ihnen mit zur Rechenschaft verpflichtet ist?

M.B.: Ich hatte ihn angesprochen auf die Toten. Seine Antwort war: »Alles gut.« Mehr hat er nicht gesagt.

A.L.: »Alles gut.« – ?

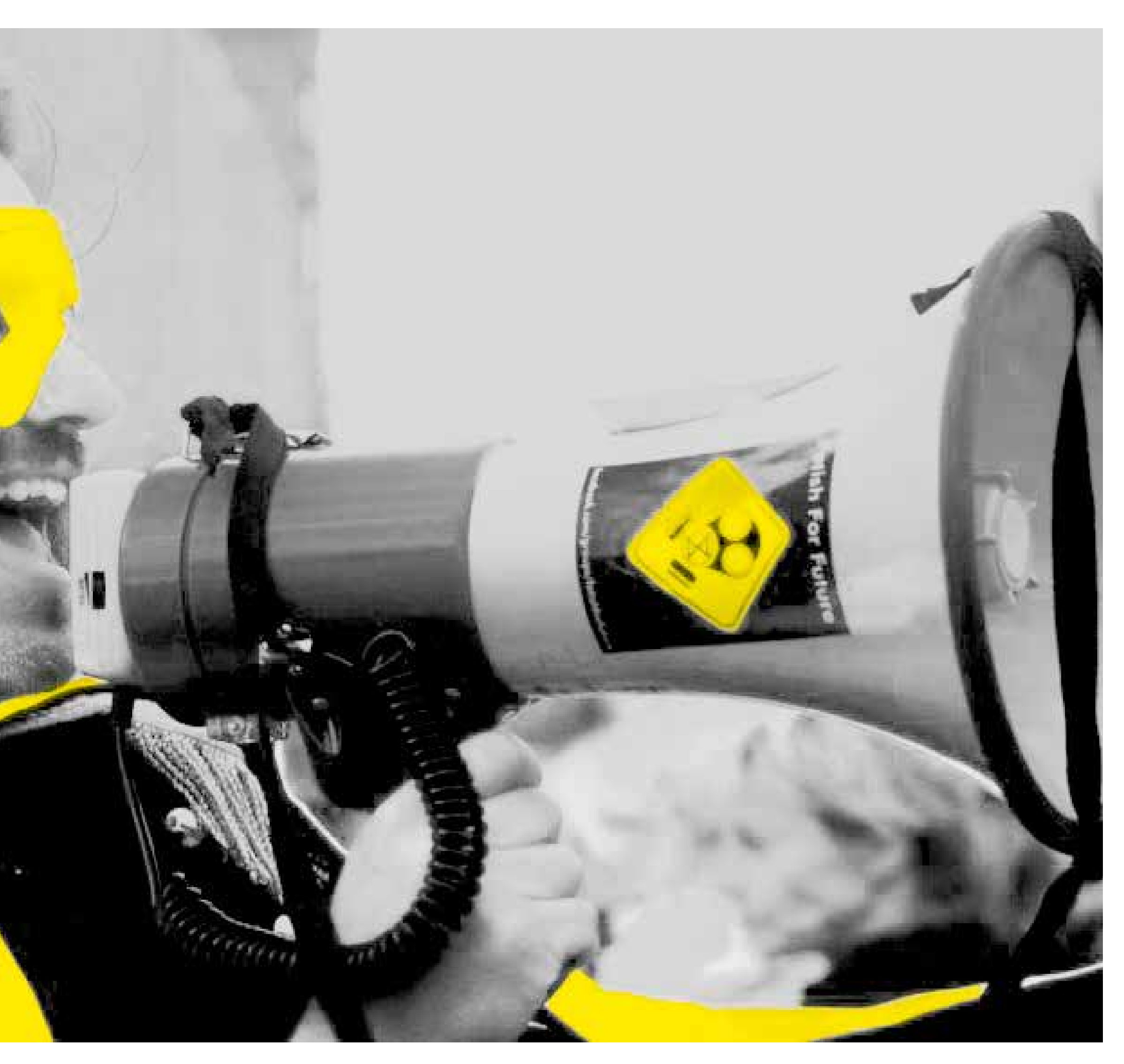
M.B.: Ja. Es sei »alles gut«. Das ist auch in unserem Film zu sehen und zu hören. Geisel hat danach praktisch die Biege gemacht, ist geflüchtet. Er ist in seinen Dienstwagen eingestiegen und davongesaust. Das Video ging ja ziemlich durch die Presse. Und ich weiß auch, dass es bei der Polizei herumging und viel geguckt wurde, weil auch Herr Geisel bei der Polizei recht unbeliebt war, und ich habe mich damit wahrscheinlich bei der Polizei beliebt gemacht, was mich sehr freut. Obwohl diese ganze Polizeigewalt gewesen ist, bin ich relativ ohne Schrammen davongekommen, weil ich es irgendwie schaffe, wenn die Polizei mich verhaftet, mich



Sieger in Sachen Redefreiheit! Der Film der Berliner »Freedom Parade« (Freiheitsparade) wurde zum Jahreswechsel mit einem indischen Filmpreis in der Stadt Bolpur (Westbengalen, Nordostindien) ausgezeichnet. Beim internationalen Tagore-Filmfestival wurde der Film über die »Punks des Corona-Widerstands« in der Kategorie »Redefreiheit« (Freedom of Speech) gewürdigt. Einen weiteren Kritikerpreis erhielt die Dokumentation in der Kategorie »Schnitt«. Auf dem Bild: Michael Bründel (r.) in der Sendung »Apolut im Gespräch« mit Anselm Lenz. Foto: Apolut.net

erung ist gstheorie!«

(Freiheitsparade) fast jede Woche auf Berlins der Republik Michael Bründel im Interview.



absolut friedlich und kooperativ zu verhalten. Ich weiß auch nicht genau, warum das so ist. Ich habe vorher ja auch in der Berliner Clubkultur mit Fetisch-Partys und Rollenspielen zu tun gehabt. Rollenspiele, bei denen es auch darum ging, dass der eine der Meister ist und der andere ist ausgeliefert. Das ist bei Festnahmen eine ähnliche Situation, die mir also in gewisser Weise vertraut war, wenn auch aus einem ganz anderen Kontext.

A.L.: Dort allerdings völlig freiwillig und in der Form, beispielsweise Uniformen attraktiv zu finden. Es ist trotzdem erstaunlich, wie Sie das alles ausgestanden haben, sich dutzende Male abführen zu lassen. Es führte dazu, dass Sie mit der Zeit gewissermaßen Ihren persönlichen Betreuer bei der Polizei hatten. Es kam ein freundliches Verhältnis auf. Doch auch das war Ihnen nicht lange vergönnt, weil besagter Andreas Geisel eingriff. Was geschah?

M.B.: Ob Geisel das jetzt war, weiß ich nicht. Am 4. Dezember 2021 hatte der Gruppenführer der 35. Einsatzhundertschaft Berlins, der mir schon oft aus der Patsche geholfen hatte, meine Festnahme ausgesetzt. An dem Tag sollte ich wieder einmal verhaftet werden und in die Gefangenensammelstelle (in der Berliner Kruppstraße, Red.) gebracht werden. Dann kam allerdings er und hat geregelt, dass das nicht passiert. Wir haben nett dabei geplaudert. Das hatte ich auch auf Video aufgenommen und ins Netz gestellt. Denn ich hatte nicht geglaubt, dass Freundlichkeit im Dienst zu irgendwelchen Problemen für diesen Polizisten führen könnte.

A.L.: »Dein Freund und Helfer.«

M.B.: So hieß es mal, den Slogan kenne ich auch noch. Aber was dann geschah, hat uns eines anderen belehrt. Der besagte Polizist hat dann deswegen Ärger bekommen. Wer mehr davon wissen will, dem empfehle ich unsere Filmdokumentation, die zum Beispiel auf FreedomParade.de zu finden ist.

A.L.: Dieser Film, Herr Future, auch bekannt als Michael Bründel, ist auch auf einem Filmfestival gezeigt worden. Auf welchem?

M.B.: Auf dem L.A. Punk Film Festival. Während des Festivals hat die deutsche (Fake- und Staats-)Antifa an das Festival in der Stadt Los Angeles geschrieben, wir seien Antisemiten, Rassisten…

A.L.: Das kennen wir. Aber dieser Film mit Andreas Geisel und dieser schrecklichen grauenhaften Wirklichkeit der Jahre 2020 bis heute und der hochkriminellen Polizeigewalt in der BRD ist in Los Angeles in den USA gelaufen, wird demnächst auf einem Filmfestival in Moskau laufen, vielleicht auch in Peking, Canberra und Lesotho. Jedenfalls macht dieser Film die Runde. (Zuletzt wurde der Film in Indien mit einem Filmpreis für Redefreiheit ausgezeichnet, siehe Bildmeldung auf diesen Seiten im Ressort DW-Akademie, Red.) Herr Future, Sie sagten einmal, »wer tanzt, hat Recht«. Welches Recht?

M.B.: Wer tanzt, versprüht gute Energie. Ich als Disc-Jockey achte darauf. Ich sehe mich in der Regel als Dienstleister und versuche, die Leute zum Tanzen zu bringen. Ich nehme mich und meinen Musikgeschmack zurück. Es gibt keine gute und keine schlechte Musik. Wenn die Leute getanzt haben, dann war sie gut.

A.L.: Blicken wir in Zukunft, Herr Future. Wir machen weiter mit der Demokratiebewegung. Millionen von Menschen sind dabei. Der vielbeschworene Heiße Herbst ist da, zugleich tritt aber auch eine Form von Gewöhnung ein. Es fehlt das nächste große Erfolgserlebnis nach der Verhinderung des Injektionszwanges an dem großartigen Tag 7. April 2022. Wie kann es für die Demokratiebewegung konstant weitergehen, besser werden – und was ist das schließliche Ziel?

M.B.: Ich weiß nicht, ob der Begriff »Heißer Herbst«, der auch mit der Roten Armee Fraktion, der RAF, verbunden ist, so glücklich ist und ob wir drin sind. Dass wir noch mehr auf der Straße werden, ist leider etwas, das für mich noch in der Zukunft liegt. In manchen Bereichen Deutschlands werden die Leute bei den Montagsspaziergängen (Seite 6, Red.) wieder mehr. Sehr gute Entwicklung, in Berlin leider noch nicht. Ich fürchte, dass erst etwas weiteres Schlimmes passieren muss, bevor das wieder wirklich mehr werden.

A.L.: Reichte denn nicht die Sprengung der Versorgungsleitungen in der Ostsee durch US-Truppen, mutmaßlich mit englischer Hilfe, womit unsere Fernwärmeheizung im Grunde unmittelbar angegriffen wurde – um in der Folge zum Beispiel auch für den Nato-Austritt auf die Straße zu gehen, was ja auch ein Ziel Ihrer Spaziergänge ist, die montags an der Berliner Gethsemane-Kirche beginnen?

M.B.: Hätte man denken können, dass das reichen würde, um weiter zu wachsen. Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass es leider nicht gereicht hat. Wahrscheinlich muss erst die Heizung kalt werden und die Leute frieren. Ich glaube, dass würde helfen.

A.L.: Kalte Wohnungen – sind solche lebensbedrohlichen Umstände nicht eher nachteilig für Demokratiebewegungen und die Artikulation des Volkswillens wie des eigenen Willens?

M.B.: Gute Frage. Wenn die Umstände zu problematisch werden, dann gehen die Leute vielleicht eher anderen Dingen nach als zu demonstrieren. Aber es muss wohl einen gewissen Grad an Verschlechterungen geben, damit die Leute auf die Straße gehen. Wenn wir hungern, kümmern wir uns wohl eher zuerst darum.

SENATOR ZU DEN GETÖTETEN: »ALLES GUT.«

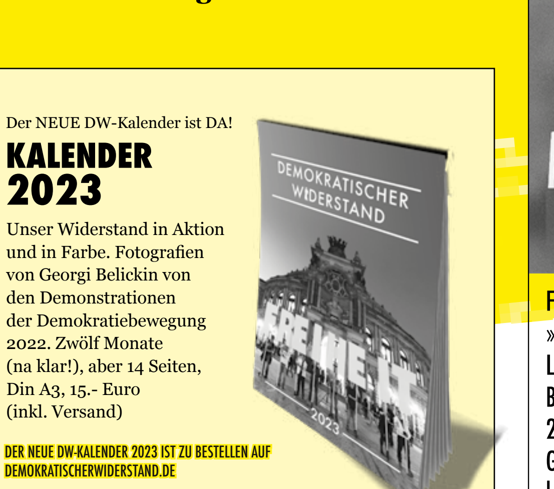
A.L.: Zurück also zu Ihrem »wer tanzt, hat Recht.« Frage: Wofür demonstrieren Sie genau? Möchten Sie, dass die Regierung ihr Verhalten ändert oder möchten Sie andere Formen, wie eine Regierung zustande kommt?

M.B.: Ein Regierungswechsel würde aus meiner Sicht überhaupt nichts bringen. Wir brauchen ein neues System. Demokratie an sich halte ich nach wie vor für eine grundsätzlich gute Sache – dass abgestimmt wird. Aber eben nicht über die Köpfe hinweg, so wie das jetzt mit Corona passiert ist. Ich wünsche mir mehr direkte Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung. Vor allem eine wirklich unabhängige Presse. Im Grundgesetz ist auch verankert, dass das Deutsche Volk das Recht hat, sich eine neue Verfassung zu geben.

A.L.: In Artikel 146 (siehe Seite 16 dieser Zeitung, Anm. Red.).

M.B.: Genau. Das ist keine Verschwörungstheorie, das steht im Grundgesetz. Ich sehe nichts Verwerfliches daran, dies zu fordern oder zu tun. Ich halte diese größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg für den perfekten Zeitpunkt, das endlich einmal zu tun. Auf Basis dessen könnten wir selber eine große Reformation unseres Systems durchführen. Das wäre eine gute Sache, das würde vieles zum Besseren wenden.

Apolut im Gespräch: Das Interview in Bild und Ton in einer Länge von rund 90 Minuten erscheint aktuell auf dem Presseportal Apolut.net.





Für unsere Gefallenen! Am 24. Januar 2022 wurde Boris »Yellow« Pfeiffer in einer »Polizeimaßnahme« getötet. Laut Regime wurde wie auch in anderen Fällen diese Begründung angegeben: »Herzinfarkt.« Am 24. Januar 2023 findet um 18 Uhr ab Rathaus Berlin-Wandlitz ein Gedenkmarsch für die Gefallenen der Demokratiebewegung statt. (ano)

Er wählt die AfD

Dem Künstler SchwrzVyce ist mit seinem neuen Rap-Song ein Husarenstück gelungen. | Von Anselm Lenz

»Irgendetwas stinkt hier, das ist ja wohl ein Fakt, diese Hurensöhne haben das Land kaputtgemacht.«

So beginnt das neueste Musikvideo des Frankfurter Künstlers SchwrzVyce, in dem er bekennt: »Ich wähl' die AfD, Bitch.« Spritzengenozid und Kriegstreiberei fliegen den Altparteien nun um die Ohren, sie haben die Außerparlamentarische Opposition bald drei Jahre lang verraten und den Zug der größten und umfangreichsten Bewegung in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte(!) einfach abfahren lassen. Die wird nun niemals mehr parteipolitisch einzufangen sein, auch wenn sich Reste der Partei Die Basis redlich darum bemühen. Gut für die Verfassungserneuerung – also die Revolution – von unten!

Aber zurück zur Kunst des Hessen Sascha Weiss aka SchwrzVyce. Sein Rap-Lied erinnert mit brummenden Bassläufen etwas an die Hamburger Gruppe Deichkind. Während SchwrzVyce mit AfD-Fahne und blauer Bomberjacke durch Mainhatten und über die Seufzerbrücke über den Main flaniert – im Hintergrund die phallischen Schandmale der Bankster –, begegnet er leider nicht dem Rap-Darsteller Danger Dan zum Duell, der 2021 mit dem Lied »Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt« vermeintlich politisch Rechte zum Abschuss im Auftrag der Regierung freigegeben hatte. In beiden Fällen: Ein Spiel mit der parteipolitischen Skandalisierung, mit dem sinnlos Zeichenhaften der BRD-Diskurssimulation, die ihr eigenes Niveau nur immer weiter unterbietet. SchwrzVyce tut nach dem SPD-Regierungskunsthandwerk Dans das logisch Richtige und provoziert mit der AfD, also dem Konkurrenzprodukt zur CDU/CSU und der Allparteien-Regenbogenkoalition. Das macht aus künstlerischer Perspektive ungleich mehr Spaß.

Dass die AfD in einigen Jahren, sobald sie vom Inlandsgeheimdienst mit dem gefälschten Namen »Verfassungsschutz« und Konzernmedien auf Kurs zugerichtet sein wird, keine Hoffnung mehr gegen die Unterdrücker der Nato, der USA, der EU und des Konzernkapitals sein wird, dürfte dem klugen Künstler dabei durchaus bewusst sein. Die Tendenz besteht darin, das Links-Rechts-Schema zu durchbrechen, dass sich dieser Tage auch wiederum in der Demokratiebewegung breitzumachen droht. Gewissermaßen als »letzte Kolonne« versuchen (bezahlte und unbewusst agierende) V-Leute, die Demokratiebewegung »gegen Rechts« zu feien. Womit selbstverständlich unter gegenwärtigen Umständen nur die nächste Hürde zur Revolution errichtet wird. Es ist völlig gleichgültig, welche Gedanken einer denkt und welche Vorlieben er hat. Die Demokratiebewegung stürzt das Regime und setzt Demokratie durch. Abgestimmt wird später und darin, in der einzelnen abgegebenen Stimme, finden dann links und rechts durchaus ihren Ausdruck. Das ist von Beginn an, seit 28. März 2020, das Prinzip der Demokratiebewegung.

»Offizieller Wahlwerbespot der Alternative für Deutschland«. So war der Song angekündigt worden, aus dem einige Passagen »herausgepiept« werden mussten, um auf Youtube noch gezeigt werden zu können. Dem Künstler ist damit eines



Ausschnitt aus dem Musikvideo des Rappers Sascha Weiss aka SchwrzVyce, »Offizieller Wahlwerbespot der Alternative für Deutschland«.

der interessantesten und relevantesten Pop-Kunstwerke der Gegenwart geglückt. Ein Aufforderung, die AfD zu wählen, ist das nicht. Es ist ein Husarenstück, ein abenteuerliches Kunststück, eine waghalsige Eröffnung. Aber das verstehen Linke nicht, nicht einmal jene Linke in der Demokratiebewegung. Weil sie sich noch immer zu Tugendwächtern berufen sehen und letztlich doch schwerstens am Apparat hängen?

DAS AHRTAL HEUTE



Vom 14. auf den 15. Juni 2021 kam es im Ahrtal zu einer »Jahrhundertflut«, mindestens 134 Menschen starben (DW berichtete). Der ansonsten angeblich so um unsere Gesundheit bemühte Apparat versagte völlig, schickte statt Hilfe »Impf«-Busse in die Trümmer. Aktuelles Foto aus dem Ahrtal: Sandra Doornbos (sandradoornbos.com)

DIE ZEHN GEBOTE

Die Zehn Gebote, auch die Zehn Worte (hebräisch, aseret ha-dibberot) oder der Dekalog (altgriechisch, dekálogos) genannt, sind eine Reihe von Geboten und Verboten (hebräisch Mitzwot) des Gottes Israels, JHWH, im Tanach, der Hebräischen Bibel, wiedergegeben hier nach dem christlichen Kleinen Katechismus von Martin Luther aus dem Jahr 1529.

1. Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst nicht andere Götter haben neben mir.
2. Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht unnütz gebrauchen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.
3. Du sollst den Feiertag heiligen.
4. Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf daß dir's wohlgehe und du lange lebest auf Erden.
5. Du sollst nicht töten.
6. Du sollst nicht ehebrechen.
7. Du sollst nicht stehlen.
8. Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.
9. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus.
10. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib, Knecht, Magd, Vieh noch alles, was sein ist.

STAATSAUTORITÄT UND IHRE GRENZEN: SANKTIONEN FÜR DENKEN ODER TUN?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S.U.I.

GOTT will, so lesen wir in der Bibel, der Regent aller Völker sein: Theokratie. Doch das Volk Israel, das allen anderen Völkern als Vorbild dienen sollte, hatte nach den prophetischen Leitern wie Mose und Josua in der Richter-Epoche (circa 1000 vor Christus) auch Sehnsucht nach einem irdischen König wie die Nachbarvölker (vergleiche 1 Samuel 8,7f). Gott warnte sein Volk vor irdischen Königen – er wusste um die Gefahren wie Machtmissbrauch und Ausbeutung.

Doch dem Volkswunsch folgend »installierte« Gott die Obrigkeit als Ordnungskraft. Der Staat ist von Gott eingesetzt und als »Dienerin« autorisiert: »Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut.« ... »Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke.« (Römer 13,3+4). Eine gute Regierung bestraft also die, die Böses TUN – die Taten! Dies bedeutet zweierlei:

1) Der Staat braucht einen Maßstab, der »gute« und »böse« Taten unterscheidet. Woran orientiert er sich? Die 10 Gebote vom Sinai (2. Mose 20) gelten immer noch, und zwar in allen Kulturen, als universale Ordnungen. Durch das Gewissen haben alle Menschen ein Rechtsempfinden und können erkennen, dass morden, lügen, stehlen, gieriges Begehren, Entehrung der Eltern ... falsch ist. Orientieren sich Gesetze und Gerichte noch an diesem biblisch-universellen Maßstab?

2) Nicht Gedanken oder Gesinnung darf die Obrigkeit sanktionieren, sondern das böse TUN, die Handlung. Wenn ein Staat die Meinungen der Bürger kontrollieren und sanktionieren will, dann erhebt er sich über den von Gott gegebenen Auftrag. Wer »Gott spielt«, ist letztlich gegen Gott und agiert somit auch gegen seine Geschöpfe. Es ist unsere menschliche Würde, frei zu denken und zu reden.

Rechenschaftspflichtig sind wir alle gegenüber GOTT, der das Recht hat, über Taten, Worte UND Gedanken zu richten und es eines Tages auch tun wird. Besser ER als selbsternannte Meinungsrichter! SEINE Gerichte sind gerecht – und gnädig für den, der SEINE Gnade erbittet.

Link zu den 10 Geboten: bibleserver.*com/LUT/2.Mose20*

Die Autorin veröffentlicht hier anonym, da die Nennung ihres Namens ihre berufliche Existenz gefährdet. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

Die Komponistin

Das Höllenregime terrorisiert, bedroht und bespitzelte Oppositionelle, darunter auch die DW-Herausgeber. Nun will die Regierung auch noch eine jüdische Komponistin fertigmachen.



Inna Abramovna Zhvanetskaya zuletzt am Klavier. Derzeit befindet sich die Komponistin auf der Flucht vor dem BRD-Terrorregime. Foto: Report24

Inna Ambramovna Zhvanetskaya wurde Ende der 1930er Jahre im Westteil der heutigen Ukraine geboren.

Beim Geburtsjahr der späteren Komponistin gibt es unterschiedliche Angaben, wie bei Künstlerinnen nicht ungewöhnlich. Das englischsprachige Online-Nachschlagewerk Wikipedia gibt ihr Geburtsjahr mit 1939 an, in den Unterlagen des neuen deutschen Terrorstaates steht 1937. In ihren ersten Lebensjahren hatte Zhvanetskaya mit ihrer jüdischen Familie täglich befürchten müssen, in die Fänge der Judenvernichtung zu geraten oder anderweitig im Zweiten Weltkrieg zum Opfer zu werden. Sie überlebte und wurde an der Gnessin-Hochschule in Moskau zur Pianistin und Komponistin ausgebildet. Ihre beiden Opern und ihre Kammermusik für Klavier, Cembalo, Streicher, Bläser und Gesang wurden in Musikverlagen verlegt und weltweit aufgeführt, darunter die »Polyphonische Phantasie« aus dem Jahr 1962 und »Laute Gesänge der Anna Akhmatova«.

Inna Zhvanetskaya lebt seit zwölf Jahren in Deutschland und soll nun einer wahnhaften Kampagne ausgesetzt und möglicherweise in den Tod getrieben werden (siehe Titel und Seite 4 dieser Ausgabe). Der Fall ist drastisch, aber keine Neuerung. Seit März 2020 stellt das BRD-Regime »im Auftrag der Corona« Oppositionellen nach. »Was macht das mit einer Frau, die den zweiten Weltkrieg überlebt hat? Wir haben dem Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt diese Frage gestellt und darauf keine zufriedenstellende Antwort erhalten«, so die Kollegen von Report24.news. »Alles riecht nach Willkür und Rechtsbeugung.« Bereits Ende 2022 war die US-amerikanische Holocaust-Überlebende Vera Sharav von kriminellen Amtsträgern aus dem BRD-Apparat angeklagt worden, weil sie öffentlich die Wahrheit über Corona angemahnt hatte (siehe #DW102 vom 28. August 2022 und folgende Ausgaben). (ale)



SPORT MIT BERTHOLD

NFL UNTER DER »INJEKTION«

»Herzinfarkt, Schlaganfall, kardiologisches Ereignis. Die NFL (National Football League) erlebte eine Woche der plötzlichen Zusammenbrüche«, so schreibt die Seite Rabbit Research (Hasen-Nachforschung). Allein in sieben Tagen geschah im American Football in den USA das Folgende:

• Ehemaliger NFL-Spieler der Jacksonville Jaguars, Uche Nwaneri, im Alter von 38 Jahren an einem Herzinfarkt gestorben

• Buffalo Bills Safety, Damar Hamlin, 24, erlitt einen Herzanfall

• Buffalo Bills Broadcaster, John Murphy, 67, erlitt einen Schlaganfall

• In der NFL wurden etwa 95 Prozent der Spieler und fast 100 Prozent des Teampersonals gegen Covid-19 »geimpft«

Machen Sie sich unbedingt selber ein Bild und treffen Sie erst dann ihre Entscheidungen!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

FREIHEIT UND UNSICHERHEIT

Von Giorgio Agamben

John Barclay definierte in seinem prophetischen Roman »Argenis« (1621) das Paradigma der Sicherheit, das die europäischen Regierungen später nach und nach übernehmen sollten, wie folgt: »Entweder gib den Menschen ihre Freiheit oder gib ihnen Sicherheit, wofür sie die Freiheit aufgeben werden.«

Freiheit und Sicherheit sind also zwei gegensätzliche Paradigmen des Regierens, zwischen denen sich der Staat jedes Mal neu entscheiden muss. Will er seinen Untertanen Sicherheit versprechen, muss der Souverän ihre Freiheit opfern, und umgekehrt, wenn er Freiheit will, muss er ihre Sicherheit opfern. Michel Foucault hat jedoch gezeigt, wie die Sicherheit (la sureté publique) zu verstehen ist, die die physiokratischen Regierungen, beginnend mit Quesnay, im Frankreich des 18. Jahrhunderts als erste ausdrücklich zu ihren Aufgaben zählten.

Damals – genau wie heute – ging es nicht darum, Katastrophen zu verhindern, die im Europa jener Jahre vor allem aus Hungersnöten bestanden, sondern darum, sie gerade erst zuzulassen, um dann sogleich zu intervenieren und sie in die für sie nützliche Richtung zu bringen. Das Regieren erhält hier seine etymologische Bedeutung zurück, nämlich »kybernetisch« zu sein: Ein guter Lotse (kibernes) kann Stürme nicht vermeiden, wo sie aber auftreten, muss er trotzdem in der Lage sein, das Schiff nach seinen Interessen zu lenken. Aus dieser Perspektive ging es vor allem darum, den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, sie glauben zu machen, dass die Regierung über ihren Seelenfrieden und ihre Zukunft wacht.

Was wir heute erleben, ist eine extreme Entfaltung dieses Paradigmas und gleichzeitig seine rechtzeitige Umkehrung. Die Hauptaufgabe der Regierungen scheint darin zu bestehen, unter den Bürgern ein Gefühl der Unsicherheit und sogar der Panik zu verbreiten, das mit der extremen Einschränkung ihrer Freiheiten einhergeht, die gerade in dieser Unsicherheit ihre Rechtfertigung findet. Die sich entgegenstehenden Paradigmen sind heute nicht mehr Freiheit und Sicherheit, sondern um es mit Barclays Worten zu sagen: »Gib den Menschen Unsicherheit, und sie werden die Freiheit aufgeben.«

Es ist daher nicht mehr von Belang, dass sich die Regierungen als fähig erweisen, Probleme und Katastrophen zu meistern: Die Unsicherheit und der Notfall, die heute die einzige Grundlage ihrer Legitimität sind, dürfen keinesfalls beseitigt werden, sondern – wie wir heute mit der Ersetzung des Krieges gegen den Virus durch den Krieg zwischen Russland und der Ukraine sehen – nur auf eine Art und Weise artikuliert werden, die konvergiert, aber jedes Mal anders ist. Eine solche Regierung ist im Wesentlichen anarchisch in dem Sinne, dass sie keine Prinzipien hat, an die sie sich halten kann, außer dem Ausnahmezustand, den sie produziert und perpetuiert. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die kybernetische Dialektik zwischen Anarchie und Ausnahmezustand eine Schwelle erreichen wird, über die hinaus kein Lotse mehr in der Lage sein wird, das Schiff zu steuern, und die Menschen werden in dem nun unvermeidlichen Schiffbruch sich erneut über die Freiheit befragen müssen, die sie so unklugerweise geopfert haben.



»Erfindung einer Pandemie«: 2020 deckte Giorgio Agamben als eine der weltweit anerkanntesten Stimmen des Planeten die Corona-Lüge auf und wurde Mitherausgeber dieser Zeitung. Die vom Oligarchen Bill Gates bestochene Hamburger Nachrichtenillustrierte »Der Spiegel« fälschte später ein Interview mit Agamben zum Thema DW ab (DW berichtete). Foto: Universität Zürich

Dieser Text erschien im Dezember in italienischer Sprache auf quodlibet.it. Giorgio Agamben gilt als bedeutendster lebender Philosoph. Er lehrt an den Universitäten von Paris und Venedig.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



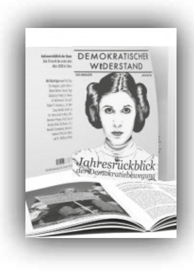
WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, ISBN: 978-3-9822745-1-5



MINIMA MORTALIA
Reflexionen über den Tod in der Moderne
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-0-8



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DIE WAFFEN NIEDER! SAGT ES VIELEN VIELEN.« BERTHA VON SUTTNER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*